

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Alsterstraße 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1,40. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a 6. Nachtrag. Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Zeitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 107. Donnerstag, den 9. Mai 1895. 2. Jahrgang.

## Stern eine Beilage.

### Eine patriotische Erinnerung.

1848. Auch die „Kreuztg.“ hat ihre Vergangenheit! Es ist zwar nicht galant, alte, zeit- und umständegemäß frommgeordnete Damen an Jugendsünden zu erinnern, aber solche Gedächtnisstärkung ist oft recht nützlich. Die „Kreuztg.“ hat sich einmal ein Liebesverhältnis unerlaubtester Art: sie stand in zärtlichster Beziehung zum — Hochverrath, hatte die erbetenste Neigung zum — Landesfeind!

Es war im Jahre des Heils und der Märzrevolution 1848, für die „Kreuztg.“ ein Jahr des Unheils selbstverständlich; auch die Schleswig-Holsteiner wollten von den Lehren des ihnen im „Offenen Brief“ Christian VIII. angesagten „dänischen Gesamtstaates“, d. h. einer dänischen Einverleibung Schleswig-Holsteins, nichts wissen. Sie wollten zuerst selbstständig und dann deutsch bleiben, empörten sich gründeten eine provisorische Regierung, erhielten Hilfe von deutschen Freischaren und unter der militärischen Leitung von Prinz Friedrich von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg besetzten sie am 24. März und am 5. April 1848 die Festungen Rendsburg und Flensburg. Alsdann gedachten sie dem Deutschen Bunde beizutreten und darum beschloß der deutsche Bundestag die Verbindung Schleswig-Holsteins zu beschützen, womit insbesondere Preußen beauftragt wurde. Das war nun gewiß eine deutsch- und preussisch-patriotische That und die „Ehre des Vaterlandes“ in dem sich anschließenden Krieg gegen die Dänen war ebenso gewiß ernstlich engagirt. Alle damaligen Patrioten sandten heiße Gebete um den Sieg zu dem Lenker der Schlachten emp. Die Dänen beteten um den Sieg der dänischen, vor. Preußen und Deutschen um den Sieg der preussisch-deutschen Waffen. Nur eine preussische Patriotin, die preussische Patriotin erlebte damals den Sieg der dänischen Armee. Das war die „Kreuztg.“ Freilich, sie hatte in den übrigen „patriotischen“ Presse der damaligen Zeit Gesinnungsgenossinnen, aber es scheint, daß nur sie, die „Neue Preussische Zeitung“ (alias „Kreuztg.“), ihren Gefühlen ganz unbehohlenen Ausdruck verlieh. Wie sollten ihr die Schleswiger nicht verhaßt sein, diese Schleswiger, die sich Freiheitskämpfer nannten und die die Freiheit hatten, sich gegen das monarchische Joch zu sträuben! Es war zwar das monarchische Joch der Dänen und die Schleswiger kämpften für ihre deutsche nationale Selbstständigkeit — aber einerlei hatte die „Kreuztg.“ die Wahl zwischen Kämpfern gegen feudale Bedrückung auf der einen Seite und Verfechtern feudaler Vorrechte auf der andern Seite, so war ihr die Wahl nicht schwer, sie war bei den Junkern, mochten diese auch Ausländer sein: auf ein Wischen Landesverrath kommt es in solchen Fällen nicht an. „Freiheitskämpfer“, also Revolutionäre: die „Kreuztg.“ hatte alle Ursache, sich über den Sieg der Monarchie, der landesfeindlichen Monarchie zu freuen und diesen Sieg herbeiführen zu helfen. Trotz aller gewonnenen Gefechte der verbündeten deutschen und schleswigischen Truppen hatte die Diplomatie unter dem Einfluß der Kontre-Revolution einen Frieden zu Wege gebracht, wonach die Dänen Schleswig-Holstein besetzt hielten. — War das nicht regelrechte Auslieferung an den Feind!? — Wir lesen in einer Geschichte der damaligen Zeit (Zul. Mühlhölz: 1848—1868, Leipzig. Ritichkes Verlag): „Die reaktionären Blätter in Deutschland, welche den ganzen Krieg als eine Empörung der Revolutionäre gegen die Monarchie betrachteten hatten, was grundfalsch war, da die Dänen viel demokratischer waren, als die meist streng konservativen und monarchisch-gesinnten Schleswig-Holsteiner, diese Blätter jubelten jetzt über den neuen Sieg der Monarchie über die Revolution. So gaben sie in ihrem blinden Hass gegen jede, auch die berechtigteste nationale Regung des Volkes schamlos die deutschen Interessen an das feindselige Ausland preis. Am schamlosesten trieb es dabei die „Neue Preussische Zeitung“, die mit ihrem Kreuz am Kopf von jeher ein Kreuz für jede gesunde und fortschrittliche Bewegung in Deutschland geworden ist. Diese bekreuzte Zeitung hatte sich auch schon während des Krieges nicht entblödet zu schreiben: „In Schleswig dagegen steht es schlecht, dort haben die Dänen eine Niederlage erlitten.“ Möge dieses Wort

als ein Pranger für die junkerliche „Kreuzzeitung“ und ihre Sippe in der Geschichte des deutschen Volkes aufbewahrt bleiben.“

So weit der Geschichtsschreiber.

Wir haben seinen Worten nichts hinzuzufügen als die Erinnerung daran, daß die „Kreuzzeitung“ dasjenige Blatt ist, welches die „Vaterlandsverräter“ und den „Lumpen“ am kräftigsten haßt und in — selbstverständlicher — umgehörter fittlicher Entrüstung und in größter Uneigennützigkeit, nur das Wohl des Vaterlandes im Auge habend, sich nicht schent, alle Diejenigen als Vaterlandsverräter zu bezeichnen, die ihre Meinung über die Vethätigung der Vaterlandsliebe nicht theilen. Was es mit ihrem Patriotismus auf sich hat, zeigt eben diese Erinnerung.

### Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksbote“.)

Berlin, 7. Mai.

86. Sitzung, Mittags 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Dr. von Böttcher, Frhr. von Marshall.

Zunächst gelangt der Nachtragsetats, betreffend die Feierlichkeiten zur Eröffnung des Nord-Ostsee-Kanals, in dritter Lesung ohne Debatte zur Annahme.

Sodann ist die Abstimmung über die Gültigkeit der Wahl des Abg. Dr. Böttcher (N.), die am Freitag wegen Beschlußunfähigkeit des Hauses ausgesetzt bleiben mußte, vorzunehmen. Die Kommission beantragt, die Wahl für ungültig zu erklären. Die Diskussion über diesen Antrag war bereits geschlossen.

Dr. von Marquardsen (N.), zur Geschäftsordnung) erklärt, durch ein Mißverständnis und ein Versehen seinerseits sei er am vorigen Freitag nicht zum Wort gekommen. Das bedauere er um so mehr, als Dr. Böttcher beabsichtigt habe, sein Mandat niederzulegen, von diesem Beschluß aber nur auf Zureden seiner Freunde abgelaufen sei. Um so mehr halte er sich für angebracht, daß das Haus auf Grund einer Diskussion sich über den Antrag schlüssig mache. Er beantrage daher, die Diskussion wieder aufzunehmen, und bitte, diesem Antrage stattzugeben.

V. Brandenburg (Z.) kann nach den gründlichen Erörterungen in der Kommission keinen Grund für die Wiederaufnahme der Debatte einsehen.

Dr. Enneccerus (N.) appellirt an den Gerechtigkeitssinn des Hauses, das nicht über die Wahl werde beschließen wollen, ohne in eine Diskussion eingetreten zu sein.

Dr. Bachem (Z.) widerpricht dem Antrage des Abg. v. Marquardsen und protestirt gegen die Art, wie Abg. Enneccerus hier einen Geschäftsordnungsantrag zu begründen suche. Die Diskussion sei eröffnet gewesen, und Niemand habe das Wort genommen. Man könnte vielleicht aus Rücksicht auf den Abg. v. Marquardsen eine Wiedereröffnung der Diskussion beschließen, aber es würden dann sicher auch andere Redner das Wort nehmen. Er bitte daher, dem Antrag abzulehnen.

Liebermann v. Sonnenberg (Reform.) widerspricht gleichfalls dem Antrage auf Wiedereröffnung der Diskussion, für die absolut kein Grund vorhanden sei.

Dr. Barth (Z.) erklärt sich aus Billigkeitsgründen für den Antrag. Man müsse sich vergegenwärtigen, daß der Reichstag bei Wahlprüfungen gewissermaßen die Rolle eines Gerichtshofes übernehme.

Dr. Enneccerus und Dr. v. Marquardsen (N.) bitten nochmals, dem Antrage stattzugeben.

Damit schließt diese Geschäftsordnungsdebatte.

Präs. Frhr. v. Buol erklärt, da gegen den Antrag Marquardsen Widerspruch erhoben sei, sei die Wiedereröffnung der Diskussion unzulässig.

Gamp (N.) meint, diese Entscheidung des Präsidenten widerspreche der Geschäftsordnung; es sei eine Abstimmung nöthig.

Richter (Z.) erklärt es für ganz unzulässig, auf den Widerspruch auch nur eines Mitgliedes des Hauses eine Diskussion wieder aufzunehmen.

Gamp weist darauf hin, daß der Präsident in den letzten Tagen wiederholt die Diskussion wieder eröffnet habe, ohne daß ein Widerspruch erfolgt wäre, und ohne daß eine Entscheidung des Hauses vorgelegen hätte.

Singer (S.) bemerkt, in diesen Fällen sei es eben deshalb zulässig gewesen, noch Niemand Widerspruch erhoben habe.

Nachdem noch die Abgg. Dr. Lieber (Z.), Singer, Dr. v. Bennigsen (N.) und Frhr. v. Mantuffel die Entscheidung des Präsidenten als der Geschäftsordnung entsprechend anerkannt, wird auch diese Geschäftsordnungsdebatte geschlossen und gemäß dem Vorschlage des Präsidenten sofort zur Abstimmung über die Gültigkeit der Wahl des Abgeordneten Dr. Böttcher geschritten.

Die Abstimmung ist auf Antrag des Abg. Dr. v. Marquardsen eine namentliche und ergiebt mit 214 gegen 98 Stimmen die Ungültigkeitserklärung der Wahl. Für die Gültigkeit derselben stimmen außer den Nationalliberalen die Reichspartei und die Konservativen mit einigen Ausnahmen, wie Frhr. v. Mantuffel, v. Blöb, v. Schöning und Sachse.

Es folgt der Bericht der Wahlprüfungskommission, betreffend die Wahl des Abg. v. Dziembowski-Bomst (N.). Auch hier beantragt die Kommission Ungültigkeitserklärung.

Abg. v. Staudy (S.) beantragt die Zurückverweisung an die Kommission zur nochmaligen Berichterstattung.

Gamp (N.) erbittet in dem Wahlauftruf des Landrathsamtsverweisers keinen unberechtigten Eingriff. Auch die Polen würden

nicht behaupten können, daß der Aufruf auch nur auf einen Wähler einen Druck ausgeübt habe. Es müsse doch auch den Beamten gestattet sein, bei Wahlauftrufen ihrem Namen den Titel beizufügen. Keinesfalls sei die Behauptung berechtigt, daß die Regierung ihren Beamtenapparat zu Gunsten des Abg. v. Dziembowski aufgebieten habe. Er appellire an das Pflicht- und Rechtsgefühl des Hauses und bitte, den Kommissionsantrag auf keinen Fall anzunehmen.

Dr. v. Wolszlegler (Pole) verliest einige Stellen aus dem vom Vorredner erwähnten Wahlauftruf, um darzutun, daß dieser wohl geeignet gewesen sei, die Wähler zu beeinflussen, bleibt aber im Einzelnen auf der Tribüne unverständlich.

Dr. v. Marquardsen (N.) erklärt sich für die Zurückverweisung an die Kommission, da er es für bedenklich halte, auf den vorliegenden Bericht hin die Wahl ohne Weiteres für ungültig zu erklären.

Spahn (Z.) legt dar, daß die Wahlprüfungskommission in diesem Falle nur der von jeher von ihr geübten Praxis gefolgt sei, beim Vorliegen amtlicher Wahlbeeinflussungen die Ungültigkeitserklärung vorzuschlagen. Das Haus habe diese Praxis stets als berechtigt anerkannt.

v. Staudy (S.) vermißt vor Allem in dem Bericht eine Angabe über das Stimmenverhältnis, mit dem die Kommission ihren Beschluß gefaßt habe. Das sei aber sehr wichtig zu wissen, denn man könne daraus folgern, ob beim Zutritt der Stimmen etwa anwesender Kommissionsmitglieder das Resultat nicht vielleicht ein anderes geworden wäre. Im Interesse des konfessionalen und nationalen Friedens in dem Wahlkreise Bomst-Melrich sollte jedenfalls Alles gethan werden, um demselben einen Wahlkampf zu ersparen. Um aber auch der Wahlprüfungskommission gerecht zu werden und nicht unnöthige Zeit zu verlieren, ändere er seinen Antrag darin: Die Wahl zu beanstanden und über eine Reihe von Protestpunkten Beweis erheben zu lassen.

Dr. v. Jazdzewski tritt für den Antrag der Kommission ein, da es ihm zweifellos, daß in dem Wahlkreise ein Wahlauftruf mit der Unterschrift des Landraths einen großen Einfluß üben müsse.

Dr. Friedberg (N.) würde es geradezu für eine Rechtsmaßnahme der Verwaltungsbeamten halten, wenn man die Wahl deshalb für ungültig erklärte, weil unter einem Wahlauftruf sich auch der Name des Landrathsamtsverweisers unter Angabe seines Titels finde. In dem Bericht über die Wahl des Abg. Dr. Meyer habe die Kommission selbst es auch als gleichgültig bezeichnet, ob ein Landrath seinen Titel dem Namen beifüge oder nicht; der Einfluß sei in beiden Fällen derselbe. Er glaube an einen solchen Einfluß des Landraths allerdings nicht. Seine Wähler ließen sich sicher von einem Landrath nicht beeinflussen. (Lachen links und im Centrum.) In jener Behauptung liege eine Herabsetzung der Wähler, und er müsse daher im Namen der deutschen Wählerchaft gegen dieselbe Verwahrung einlegen. Wolle man den Landrath das Anstehen für ihre Ueberzeugung verwehren, so müsse man es allen abhängigen Beamten unterlagen, und dann dürften auch Stadträthe, ja auch Stadtverordnetenvorsteher nicht wählbar sein. (Sehr gut links.) Das Dentsche die deutschen Wähler ausfordern, sei ganz selbstverständlich. Er hoffe, der Reichstag werde das anerkennen und durch seinen Beschluß kundgeben, daß man sich hier im deutschen und nicht im polnischen Reichstage befände. (Beifall rechts; Unruhe und Pfiffen links.)

Dr. v. Komierowski (Pole) erinnert den Vorredner daran, daß Fürst Bismarck es jederzeit ausdrücklich verurtheilt habe, daß der Landrath Baumbach den Kandidaten Dr. Laßker durch den Wahlkreis begleitet habe.

Dr. Bachem (Z.) bezeichnet es als unzulässig, daß man Beamten in polnischen Landestheilen andere Befugnisse vindizieren wolle, als in anderen Gegenden. Dadurch mache man die Polen zu Staatsbürgern zweiter Klasse. In dem Bericht der Wahlprüfungskommission sei gar nicht ausgesprochen, daß kein Beamter einen Wahlauftruf unterzeichnen solle. Es sei nur darauf hingewiesen, daß man eine amtliche Beeinflussung voraussetzen könne, wenn ein Beamter in autoritativer Stellung einen solchen Aufruf unterzeichne. Er werde für den Antrag der Wahlprüfungskommission stimmen.

v. Staudy erwidert dem Abg. v. Komierowski, in dem Falle Baumbach sei seiner Zeit die Ungültigkeit vom Reichstage nicht ausgesprochen worden. Sollte sein Antrag nicht angenommen werden, so werde er namentliche Abstimmung über den Kommissionsantrag beantragen.

Dr. Friedberg bemerkt, der Fall Baumbach läge denn doch noch etwas anders als der heutige. Er könne sich wenigstens nicht denken, daß eine Zeit kommen könne, in welcher ein preussischer Landrath mit einem polnischen Kandidaten durch den Wahlkreis fahren werde.

Auer (S.) hält es nicht für ausgeschlossen, daß eine Zeit komme, in der kein Landrath sich entschließen könne, für einen nationalliberalen Kandidaten zu stimmen. Doch es sich um eine Rechtsmaßnahme von Beamten handle, müsse er bestreiten. Aber agitare ein Beamter, so könne man fordern, daß er sich nicht seine amtliche Bezeichnung beilege. Die preussischen Landräthe könnten sich in dieser Beziehung die bairischen Bezirksamtleute zum Muster nehmen. Daß die Wähler den Beeinflussungen durch die Beamten nur zu leicht nachgäben, sei ganz selbstverständlich. Seine Freunde würden den Antrag, auch diesen ablehnen und für den Kommissionsantrag stimmen.

Vindewald (Reform.) erklärt sich gleichfalls gegen den Antrag Staudy und für den Kommissionsantrag. Er habe in jenem Wahlkreise selbst mit einem Landrath eigenthümliche Erfahrungen gemacht. Derselbe habe sich in einer Versammlung in die Geschäftsordnung eingemischt, so daß Redner erst von seinem Hausrecht Gebrauch machen müssen. Der Landrathsamtsverweiser von Roell sei seines Wissens auch wegen seines Auftretens in der Wahltagation später verurtheilt worden. Gegen andere Beamte trete man streng auf, warum nicht gegen die Landräthe. In Hessen sei in einer Versammlung ein Volksschullehrer zum Vorsitzenden erwählt worden und habe denselben mit den Worten übernommen: Ich übernehme den Vorsitz und bitte Sie, mit mir einzustimmen in den Ruf: Se. Maj. der Kaiser und Se. K. Oberst

der Großherzog leben hoch! Weiter habe der Mann nichts gethan und deshalb sei er in ein Disziplinaverfahren verwickelt worden. (Große Heiterkeit.) Mit dem gleichen Maße solle man auch die Landräthe messen, und er hoffe, Herr v. Köller werde seinen Einfluß dahin geltend machen. (Heiterkeit.)

Dr. E n e c e r u s kann in der Unterzeichnung des in Rede stehenden Wahlantrages durch den Landrath eine unberechtigte amtliche Beeinflussung nicht sehen. Bäge eine solche darin, so würde belange das ganze Haus ungültig gewählt sein. (Große Heiterkeit.) Er meinte natürlich nicht die Sozialdemokraten und Freisinnigen, sondern die Herren von seiner Partei und rechts. Er bitte, den Antrag Staudy anzunehmen.

Dr. Frhr. v. P e e r e m a n n (Z.) weist darauf hin, daß sich die Abgg. Friedberg und E n e c e r u s heute mit ihrer früheren Stellungnahme in Widerspruch setzen. Sie hätten früher selbst den Grundsatz mit vertreten, daß eine Wahl nur dann der Ausdruck der öffentlichen Meinung sei, wenn sie unbeeinträchtigt geblieben und daß ein Beamter zwar seiner Meinung Ausdruck geben dürfe, aber nicht in amtlicher Eigenschaft. Bezeichne man letzteres als zulässig, so müsse man auch gestatten, daß ein Regierungspräsident Wahlversammlungen abhalte und Kandidaten nominire. Wo bleibe da die Freiheit der Wahl? Andererseits würde eine solche Praxis auch geeignet sein, das Vertrauen zu den Beamten zu erschüttern. Er bitte, es deshalb bei dem Kommissionsbeschluß zu belassen. (Lebhafte Beifall in Zentrum und links.)

H. v. R a r d o r f (W.) bittet das Haus, die Aeußerungen des Fürsten Bismarck über Verhalten des früheren Landraths Baumbach der den Kandidaten Vaster in seinem Wagen herumgefahren, nicht ernsthaft zu nehmen. Er habe das Verhalten des Landraths nur ironisiren wollen, um die Beschwerden gegen preussische Landräthe lächerlich zu machen. (Widerspruch und Lachen links.) Wenn ein Landrath Einfluß habe so liege das in seiner Person; als Landrath habe er gar keinen Einfluß. (Beifall rechts, Lachen links.)

Dr. F r i e d b e r g kann nicht einsehen, daß etwas Unerhörtes darin liegen solle, dem Landrath das auch jedem Anderen zustehende Recht zuzusprechen, daß er einen Wahlantrag unterzeichne.

Dr. W a c h e m will dieses Recht nicht bezweifeln, der Landrath dürfe sich dabei aber nicht als solchen bezeichnen. Daß jeder Deutsche die Pflicht habe, für einen deutschen Kandidaten einzutreten, könne er nicht anerkennen. Er selbst habe sogar in dem Wahlkreise Bomm für den polnischen Kandidaten agitirt. (Hört! Hört! bei den Nationalliberalen.) Darin lasse er sich auch durch ein solches Hört, hört, nicht beirren.

Nach weiteren kurzen Bemerkungen der Abgg. W i n d e w a l d und Frhr. R a d z i w i l l schließt die Diskussion.

Der Antrag Staudy wird gegen die Stimmen der Nationalliberalen, der Reichspartei und der Konservativen abgelehnt.

Die Abstimmung über den Kommissionsantrag ist auf Antrag des Abg. Staudy eine namentliche und ergiebt mit 201 gegen 112 Stimmen die Ungültigkeitserklärung der Wahl den Abg. v. D z i e m b o w s k i. — Für Gültigkeit der Wahl votiren die Nationalliberalen, die Reichspartei und die Konservativen.

Darauf vertagt sich das Haus

Nächste Sitzung: Mittwoch 1 Uhr (Umsurzvorlage).

Schluß 5<sup>1</sup>/<sub>4</sub> Uhr.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Die Brauntweinsteuerkommission des Reichstags hielt Montag Abend eine Sitzung ab und beschäftigte sich zunächst mit einigen Details der Steuerveranlagung zum Kontingent. In § 2 wird vorgeschlagen, daß die in Rechnung zu stellenden Alkoholmengen um  $\frac{1}{25}$  herabgesetzt werden sollen, wenn sie 150 000 Liter übersteigen. G a m p beantragt die Kürzung um ein Zehntel. Da seitens der Regierung keine Einwendungen gegen diesen Vorschlag erhoben wurden, gelangte der Antrag G a m p zur Annahme. Um einige Unklarheiten in den Sätzen des § 2 zu beseitigen, gab Staatssekretär Graf v. P o s a d o w s k y eine Definition der unklaren Stellen zu Protokoll. Des Weiteren wurde regierungseitig die Erklärung abgegeben, daß man einige aus dem Gesetze sich für später ergebende Schwierigkeiten außer Betracht lassen könne, da wohl das Gesetz mit seinen Grundlagen binnen Kurzem sich als nicht haltbar erweisen dürfte. Graf P o s a d o w s k o deutete als sein Ziel an: eine Besteuerung des Produkts, jedoch abgestuft nach den Größen und Besonderheiten der Betriebe (landwirtschaftliche, gewerbliche, Kartoffel-, Melassebrennereien u. s. w.). Hierauf wurden die Paragraphen 12, 13 und 40 der Novelle unverändert angenommen. Beim § 41, der bestimmt, daß die Erhebung der Maischbottichsteuer nur noch in den landwirtschaftlichen Brennereien erfolgen soll, trat Dr. P a s c h e (N.) sehr lebhaft für die Melassebrennereien ein, die benachtheiligt würden, wenn nur die landwirtschaftlichen Brennereien die Maischbottichsteuer entrichten würden, während die Melassebrennereien durch die vorgesehene Aufhebung der Brausteuer schwerer belastet würden. Nach den Ausführungen des Abgeordneten Dr. P a a s c h e ist die nationalliberale Partei nicht geneigt, die Interessen der Zuckerrübe gegenüber denjenigen der Kartoffel preiszugeben.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer letzten Sitzung nicht nur beschlossen, gegen den Nachtragsetat für die Nordostseekanal-Eröffnungsfest zu stimmen, sondern auch in richtiger Konsequenz dieses Beschlusses sich jeder Theilnahme an den Feierlichkeiten zu enthalten. Man war sich vollkommen einig darüber, daß es mit den Grundsätzen der sozialdemokratischen Partei unvereinbar sei, sich an einer Feier zu beteiligen, die der Hauptsache nach in militärisch-höflicher Pompentafelung bestehen wird. Neben diesem Grunde war für den Beschluß maßgebend, daß es der Würde und Selbstachtung der sozialdemokratischen Partei nicht entspricht, sich mit der Regierung und den bürgerlichen Parteien auf Festen zu verdrängen, während unsere Gegner bemüht sind, durch die Umsturzworlage die Sozialdemokratie politisch und wirtschaftlich mundtot zu machen. Die prinzipielle Gegnerschaft der Sozialdemokratie gegen die heutige Gesellschaft dürfe nicht verschleiert werden durch die Theilnahme an governmentalen-bürgerlichen Feierlichkeiten.

Ein Danaergeschenk nennt heuchlerisch die „Kreuztg.“ den Schmoller'schen Milliardenvorschlag, den die Gegner als einen Plan der Riesen-Liebesgabe brandmarken würden. Der Plan würde auch nur „einem Theil“ der Landwirtschaft helfen. Denselben Theil, der aus dem Antrag Kampf Nutzen zöge.

Die Stichwahl in Ulm zwischen Hähle und Schmann findet am 14. Mai statt.

Bei der Reichstagswahl in Köslin (an Stelle des Herrn v. Gerlach) wird die Partei Althardt einen eigenen Kandidaten aufstellen.

Der Staatsrechtschwärzer E n e c e r u s, der eifrigste Hausdiener der Kollerei, hat einen konfusen „offenen Brief“ an die Reichstagsmitglieder gesandt, worin er die thörichte und unnütze Verschleppungspolitik der Nationalliberalen in der Affaire Böttcher zu rechtfertigen sucht. All der Krimskrams hilft den Braven nichts, Böttcher, der angeblich sein Mandat vor der Ungültigkeitserklärung niederlegen wollte, von seinen Mit-Gentlemen aber angeblich von diesem edlen Thun zurückgehalten wurde, fliegt, (ja ist bereits hinausgeworfen, wenn diese Zeilen unseren Lesern zu Gesicht kommen), und seine Wiederwahl ist wohl ausgeschlossen.

Zuckersteuergesetz. Das Zustandekommen des Zuckersteuergesetz, abgesehen von einem Nothgesetz zur Prolongation der Ausführprämien stößt, wie man der „Schlef. Ztg.“ aus Berlin schreibt, auf Schwierigkeiten bei den süddeutschen Staaten.

Die Köllersche „Berliner Correspondenz“ erklärt die Nachricht des „Hamburgischen Correspondenten“ für unbegründet, daß der Staatsanwalt neuerlich Vermittelungen veranlaßte über die Sozialdemokraten, die bei dem Kaiserhoch im Reichstage am 6. Dezember sitzen geblieben waren. — Das war vorauszu sehen. Die Staatsanwaltschaft möchte sehr gerne, aber „die Trauben hängen zu hoch“.

Standrechtlich erschossen wurde, wie die „Bormditter Zeitung“ mittheilt, am 1. Mai der Artillerist T i z in der Garnison Königsberg. T i z war schon verschiedene Male fahnenflüchtig gewesen, und die Ursache zu seiner kriegsgerichtlichen Verurtheilung zum Tode war, daß er einen Vorgesetzten ermordet hatte. — Welche Gründe werden wohl den T i z zur Ermordung des Vorgesetzten veranlaßt haben?!

Billige Arbeitskräfte für die Agrarier sollen nach wie vor aus Russisch-Polen und Galizien bezogen werden können. Die anfänglich nur auf drei Jahre ertheilte Ermächtigung, solche Arbeiter zur vorübergehenden Beschäftigung zuzulassen, ist nunmehr vom preussischen Minister des Innern den Oberpräsidenten in dem bisherigen Vorschriften von Neuem ertheilt worden. Dabei ist jetzt von einer zeitlichen Begrenzung der ertheilten Ermächtigung und von einer einheitlichen Regelung der Vorschriften über die Zulassung der ausländischen Arbeiter abgesehen und an dem bisherigen, den örtlichen Bedürfnissen sich anpassenden Vorgehen festgehalten worden. „Der nationalen Seite der Frage wird auch in Zukunft besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden,“ bemerken recht salbungsvoll dazu die „nationalen“ Blätter, und fügen weiter an: „Namentlich muß verhindert werden, daß die einheimische deutsche Arbeiterbevölkerung etwa durch die fremden Elemente verdrängt und zum Verlassen der Heimath bestimmt wird.“ — Als ob den Bourgeois — ob Rentiers, Schlot- oder Krautjunker — etwas an der Verdrängung der deutschen Arbeiterbevölkerung gelegen wäre, wenn durch Verwendung von Slaven sich eine billigere und darum profitablere Produktion erzielen läßt.

Ueber die Kundgebung der Städte-Deputation gegen die Umsturzworlage in Berlin schreibt selbst die „Volkstztg.“: „In reaktionären Kreisen hatte man der Kundgebung mit nicht geringer Besorgniß entgegengesehen, die gewählten Vertreter der Bürgerschaft aus den Städten in allen deutschen Landen würden nach Berlin zusammenströmen, um vereint gegen die Umsturzworlage flammenden Protest zu erheben. Das konnte in der That den Anschein erwecken, als sei das Bürgerthum nun endlich zum Bewußtsein gelangt von der ungeheuren Größe der Gefahr, die ihm drohe und als habe es sich nun endlich aufgerafft, um den geistigen Kampf aufzunehmen gegen die, von denen es seine Freiheit bedroht sieht. Grund genug also für die Reaktion zur Besorgniß. Die Protestversammlung der städtischen Vertreter hat stattgefunden; sie hat den programmatischen Verlauf genommen, und der Verlauf hat gezeigt — daß die Angst der Reaktionsäre ganz unbegründet gewesen ist. Eine Anzahl von sehr harmlosen Reden, eine limonadenmatte Resolution, das war alles.“

Wieviel Umzugskosten erhält ein höherer Beamter? Der „Vorwärts“ entnimmt einem amtlichen Aktenstück folgende Zahlen aus dem Etatsjahre 1893/1894. Freiherr v. S a u r m a - F e l t s c h wurde von Stuttgart als Botschafter nach Washington berufen. Die ihm zur Bestreitung seiner Uebersiedelung aus der Reichskasse gezahlten Gelder erreichten das recht nette Summchen von 25 392,86 Mark. Diese Summe setzt sich zusammen wie folgt:

Allgemeine Umzugskosten	16 000,—	Mark
Fuhrkosten für seine Person	1 087,55	„
Fuhrkosten für Familienmitglieder und Diensthofen	3 211,20	„
Transportkosten für die Möbel zc.	4 069,67	„
Ersatz der Wohnungsmiethe für die Zeit vom 29. Juni bis 31. August 1893 in Stuttgart	1 044,44	„
macht Summa 25 392,86 Mark.		

Als Herr von B ü l o w zum Botschafter ernannt wurde, erhielt er als Umzugskosten für seine Reise von Bukarest nach Rom: 19 766,79 Mark. Die Verletzung eines anderen Herrn v. B ü l o w, der zum Ministerpräsidenten in Luxemburg ernannt wurde, kostete das Deutsche Reich für die Uebersiedelung von Petersburg nach Luxemburg: 15 452,02 Mark. — Sehr billige Reisen!

Erfahrungen mit den neuen Kreuzern. Bei dem modernsten Typ der geschützten neuen Kreuzer, der „Kaiserin Augusta“, sind, wie wir der „Voss. Ztg.“ entnehmen, die Maschinen dieser Tage a b e r m a l s zusammengebrochen, nachdem das Schiff erst wiederum wenige Wochen unter der Flagge war, obgleich es sich die letzten 21 Monate dauernd im Umbau und in der Ausbesserung befunden hat. Die erneute Maschinenavarie der „Kaiserin Augusta“, welche zuerst am 27. November 1892 in Dienst gestellt wurde, kann nur in dem Umstande zu suchen sein, daß sich die Maschinenanlage des Schiffes und deren Leistungsfähigkeit in keinem Verhältniß zu den Anforderungen und den sonstigen Größenverhältnissen des Fahrzeuges befindet. Es soll deshalb die „Kaiserin Augusta“ nach dem erneuten Maschinenzusammenbruch überhaupt nicht mehr im Auslande verwendet werden. Es würde sich also mit der „Kaiserin Augusta“ dasselbe ereignen, wie mit der ehemaligen Kreuzerfregatte „Charlotte“, die Jahre lang in den Bassins der kaiserlichen Werften dienstunthätig lag und neuerdings nur noch nominell unter den Schulschiffen aufgeführt wird. Das Schiff hat nicht weniger als acht Millionen Mark an Baukosten gebordert, ohne einen thatsächlichen Dienst der Flotte überhaupt bisher geleistet zu haben, aber was schadet's, so denken die Hohenlohe, Köller, Riquel und Konsorten. Der dumme Michel kann immer von Neuem blechen.

### Schweiz.

Basel. Der Maurerstreik ist ein vollständiger; 1000 Arbeiter sind ausständig. Die Polizei verbot die Demonstrationen und jegliche größere Ansammlung von Streikenden. Zur Aufrechterhaltung der „Ordnung“ wurden von den 5 Feuerwehrtcompagnien 3, zusammen 360 Mann, aufgeboten.

### Oesterreich-Ungarn.

Die Volksabstimmung verboten. Die Wiener Polizei hat sich wieder einmal ein Schildbürgerstücklein geleistet. Am 7. Mai beabsichtigte die sozialdemokratische Organisation des dritten Wiener Bezirkes eine Volksabstimmung zu veranstalten, um gegenüber den 7000 Stimmen der Wahlberechtigten, die an diesem Tage eine Nachwahl in den Reichsrath vollzogen, die 17000 rechtlosen, über 24 Jahre alten Staatsbürger den wirklichen Willen der Mehrheit der Bevölkerung ausdrücken zu lassen. Jeder volljährige Bewohner des dritten Bezirkes sollte am 7. Mai mit seinem Meldezetteln vor einer Wahlkommission erscheinen und stimmen. Zwei Tage vorher verbot aber die Polizei die Abhaltung der Abstimmung. Im ganzen Strafgesetze giebt es keinen Paragraphen, der eine Volksabstimmung verböte. Aber wo Gesetze fehlen, stellt sich zur rechten Zeit die kaiserliche Verordnung vom Jahre 1854 (!) ein, und auf diesen reaktionären Wisch berufend, verbot die Polizei die Abstimmung, weil sie eine demonstrative Handlung sei, und es weiter nicht Jedermann gestattet sein könne, über irgend etwas eine Volksabstimmung zu veranstalten. So geschahen unter dem Regimente Windischgrätz, des Entfels des Reaktionsärs von 1848. Im Parlamente wird sofort von Bernerstorfer über das Verbot interpellirt; aber das Ministerium wird der Polizei nicht die Augen aushacken.

### Dänemark.

Ein weißer Habs. Wir berichteten seiner Zeit von der großen Redeschlacht, die in Odense zwischen Sozialdemokraten und Pastoren stattfand und in der die Pastoren ohne Ausnahme starke Sympathien für die Arbeiterbewegung und ebenso starke Antipathien gegen die bürgerliche Gesellschaft zum Ausdruck brachten. In der jüngst verfloffenen Periode der Wahlagitiation waren unsere dänischen Genossen in der vortheilhaften Lage, auf die Stichhaltigkeit ihrer Gesinnung eine entscheidende Probe machen zu können. Das Ergebnis ist beschämend, aber da sie sich keinen Illusionen hingeeben hatten, haben sie jetzt auch unter keinen Enttäuschungen zu leiden. Nur einer, der katholische Gemeindepfarrer W h i t t e, fand den Muth, offen in die Agitation für den sozialdemokratischen Kandidaten einzutreten. Die übrigen wählten der Tapferkeit besseren Theil und schwiegen. Der Katholik ist übrigens schon gerüffelt und wird wahrscheinlich auch gemahregelt werden. Vermuthlich ist er zu anständig, um gebuldet werden zu können.

## Lübeck und Umgegend.

8. Mai.

Die Staatsanwaltschaft erläßt folgende Bekanntmachung: Am 26. April d. Js. ist in einem Garten an der Cronsforder Allee eine Kassette (Nähkasten?), die vermuthlich gestohlen und in den Garten fortgeworfen ist, gefunden. Die Kassette ist mit grauem Semisch-Leder überzogen, mit Bronze-Griff, Beschlägen und Füßen versehen, auf dem Deckel mit eingepreßten Blumen verziert und innen mit olivfarbigem Atlas gefüttert. An der Innenseite des Deckels ist ein Spiegel angebracht. Um Nachricht, wem die Kassette gehört, wird zu den Akten S. Nr. 464/95 ersucht.

Mit einem Senatsantrage, betreffend die Er richtung einer Empfangshalle für die hier per Schiff ankommenden Passagiere wird sich heute, wie ein hiesiges Blatt meldet, der Bürgerausschuß zu beschäftigen haben. Die Dampfer sollen dann in Zukunft ihre Passagiere bei dieser Halle absetzen, um dann erst nach dem Siegelplage zu dampfen. Der Antrag kann nur unsere Zustimmung erhalten.

**Von der Einkommensteuer.** Dieser Tage fand sich in einem hiesigen Blatte eine vergleichende Gegenüberstellung der Einkommensteuer in den drei Hansestädten, welche einem Berichte des Ausschusses der Hamburger Bürgerschaft entnommen war. Diese Gegenüberstellung ist außerordentlich lehrreich. Das Bild stellt sich folgendermaßen:

Höhe des Einkommens.	Hamburg	Bremen	Lübeck
400	—	—	—
500	—	—	—
600	5,—	4,70	—
700	5,—	4,70	5,—
800	5,—	4,70	6,25
900	6,—	7,05	8,75
1 000	6,—	9,40	11,25
1 100	7,—	11,75	13,25
1 200	8,—	14,10	16,25
1 500	11,—	21,15	23,75
1 800	14,—	28,20	35,—
2 000	16,—	35,25	42,50
2 100	18,—	38,80	46,25
2 400	24,—	49,35	58,75
2 500	26,—	52,90	63,75
2 700	30,—	59,90	73,75
3 000	45,—	70,50	88,75
3 500	57,50	88,15	118,75
4 000	76,25	106,75	150,—
4 500	95,—	123,40	188,75
5 000	113,75	145,70	187,50
6 000	170,80	204,40	225,—
7 000	222,80	304,20	262,50
8 000	298,35	382,20	300,—
9 000	379,35	460,20	337,50
10 000	472,50	520,—	375,—
11 000	539,—	572,—	412,50
12 000	588,—	624,—	450,—
15 000	735,—	855,—	562,50
20 000	1 015,—	1 140,—	750,—
25 000	1 312,50	1 425,—	937,50
30 000	1 575,—	1 710,—	1 125,—
35 000	1 898,75	1 995,—	1 312,50
40 000	2 170,—	2 280,—	1 500,—
45 000	2 520,—	2 565,—	1 687,50
50 000	2 800,—	2 850,—	1 875,—
60 000	3 465,—	3 420,—	2 250,—
70 000	4 165,—	3 990,—	2 625,—
80 000	4 760,—	4 560,—	3 000,—
90 000	5 512,50	5 130,—	3 375,—
100 000	6 125,—	5 700,—	3 750,—

Bis zu 6000 Mk. sind also die Einkommen in Lübeck bedeutend höher versteuert als in jeder der beiden anderen Hansestädte. Gerade bei den Einkommen von 1000—3000 sind die Steuerfüße in Lübeck außerordentlich hoch im Vergleich zu Hamburg und Bremen. Wie man sieht, hat es unser Kleinstaat-Parlament vorzüglich verstanden, die Steuerhantel am richtigen Flecken nicht anzusetzen. Im Uebrigen zeigt aber auch diese Uebersicht, daß die Einkommen über 6000 Mk. hinaus sehr gut noch eine Steigerung im Steuerfüße vertragen könnten, wenn man sich eben nicht gar zu sehr in die Staatslotterie verannt hätte, welche den kleineren Einkommen abermals eine (indirekte) Steuer auferlegen soll. Um dem „Patriotismus“ unserer „oberen Zehntausend“ ist es schlecht bestellt, sobald, es sich um den Geldbeutel handelt; das lehrt auch diese Gegenüberstellung der Einkommensteuer.

**Eintragungen in das Genossenschaftsregister.** Am 6. Mai 1895 ist eingetragen auf dem Foliom der Lübecker Genossenschaftsmeierei e. G. m. u. H.: Karl Heinrich Wilhelm Babbe ist aus dem Vorstande ausgeschieden; Georg Richard Harnz, Gutspächter zu Lübeck, ist zum Mitgliede des Vorstandes erwählt; auf dem Foliom der Talskau-Tramm-Woltersdorfer Genossenschaftsmeierei e. G. m. u. H.: Hans Joachim Hufner in Tramm, ist aus dem Vorstande ausgeschieden, an dessen Stelle ist Hans Heinrich Nicolaus Burmester, Hufner zu Tramm, zum Mitgliede des Vorstandes erwählt.

**Konkursverfahren.** Ueber den Nachlaß des am 22. März 1895 verstorbenen Kaufmannes J. H. F. Schuster zu Lübeck, ist am 7. Mai 1895, Vormittags 10 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Der Rechtsanwalt Dr. Pleßing in Lübeck wird zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 15. Juni 1895 bei dem Gerichte anzumelden. Zur Beschlußfassung über die Wahl eines andern Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretenden Falls über die in § 120 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist auf den 21. Mai 1895, Vormittags 11 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf den 25. Juni 1895, Vormittags 11 Uhr, vor dem hiesigen Amts-Gerichte, Zimmer Nr. 28 Termin anberaumt.

**Der erste Theilbetrag der Grund- und Gebäudesteuer und der Beiträge zur Stadtwasserkunst** ist von den Grundstücken in der Stadt in der ersten Hälfte, von den Grundstücken in den Vorstädten in der zweiten Hälfte des Monats Mai bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.

**Fouragepreise.** Nach einer Bekanntmachung des Polizeiamtes haben die Fouragepreise auf Grund der maßgebenden Durchschnitte der höchsten Tagespreise im Monat April betragen für 100 Kilo Hafer Mk. 14,30, Gerste Mk. 5,78, Nichtstroh Mk. 5,58, Krummstroh Mk. 4,53.

Eine tägliche Maximalarbeitszeit für die Führer der elektrischen Straßenwagen hat die Hamburger Polizei in dem Reglement für Straßen-

bahnwagen mit elektrischem Betriebe vorgesehen. Unser Lübecker Polizeiamt würde sich den Dank aller Einwohner erwerben, wenn es ein ähnliches Statut für die hiesige Straßenbahn erlasse. Die Unmasse von Unglücksfällen giebt ihm ein Recht dazu; zudem wüßten wir nicht, was einem derartigen sozialpolitischen Eingriffe im Wege stünde. Natürlich müßte dieses Reglement auf sämtliche an der Straßenbahn Angestellten ausgedehnt werden. Die Straßenbahnunternehmer haben hier ein derartig gutes Geschäft in Bezug auf die Conzession gemacht, daß sie sich ohnehin schon einen derartigen Ueberlaß gefallen lassen könnten.

Die elektrische Straßenbahn, welche ein öffentliches Verkehrsinstitut ist und als solches nicht dazu dienen sollte, nur Kapitalprofit, hohe Dividenden abzuwerfen, ist hier, wie leider überall in Deutschland, lediglich ein kapitalistisches Unternehmen. Infolgedessen wundern wir die vielen Unglücksfälle, welche hier schon fast eine Helatombe Menschenblut gefordert haben, durchaus nicht. Wir wundern uns auch darüber nicht, daß an den Nädern der Straßenbahn bereits der „Geist“ von mehreren getödteten Opfern klebt, der zum Himmel schreit; denn das liegt nun einmal im Wesen des Kapitalismus, der überall, wo er das Scepter schwingt, sein Opfer an Menschenblut fordert. Nachdem es jetzt — wenn auch etwas spät — bei den hiesigen bürgerlichen Zeitungen Mode geworden ist, sich über die vielen Unglücksfälle aufzuregen, darf man sich erst recht keinen „Wunderbeutel“ umhängen, denn dann müssen die „Sünden“ der Bahn bereits himmelschreiend sein. Wir wollen deshalb aus allen diesen Gründen heute nicht mit dem Betriebe der Straßenbahn selbst beschäftigen, sondern mit dem, was „drum und dran hängt“. Kam da kürzlich ein Unternehmer aus Berlin, welcher Arbeiter zur Legung von Schienen anwarb. Unsere Gewährsmänner wurden am 29. April eingestellt und arbeiteten bis Sonnabend den 4. Mai. Als Arbeitslohn war ihnen pro Stunde 25 Pfg. versprochen. Mithin hatten sie am Schluß der Woche, da sie im Ganzen 72 Stunden gearbeitet hatten, 72 × 25 = 1800 Pf. zu beanspruchen. Statt dessen wurde einigen jedoch nur 14,25 Mk. ausbezahlt; sie erhielten also 3,75 Mk. zu wenig. Ihre Reklamationen gegen diese Art Lohn-Vorenthaltung hatten bisher keinen Erfolg, weil Unternehmer und Vorarbeiter Lübeck eiligst verlassen haben, ohne jedoch den Arbeitern die Adresse zu hinterlassen. Die Arbeiter haben denn auch alle Hoffnung bereits aufgegeben, noch zu ihren sauerverdienten Groschen zu kommen. Gegenwärtig werden nun, wenn wir recht unterrichtet sind, die Arbeiten im eigenen Betriebe der Bahn ausgeführt und die verheiratheten Arbeiter hatten geglaubt, zuerst berücksichtigt zu werden; aber sie hatten sich gründlich getäuscht. Man hat 16 fast nur unverheirathete, junge Leute eingestellt; nur zwei verheirathete sollen sich darunter befinden. Die vielen Verheiratheten dagegen, welche sich um ihre Familie und die Steuern sorgen müssen, liegen auf dem Straßpflaster. Sie können jetzt über die Segnungen des Kapitalismus nachdenken. Ob die Leitung der elektrischen Bahn etwa denkt, daß durch alle derartige Vorkommnisse ihr Renommé gefördert wird?

Von den bei dem letzten Eisenbahnunglück in der Nähe unseres Bahnhofes schwer verletzten Personen liegt, nach der „E.-Z.“, Frau Wiegelmann noch immer krank darnieder. Sie kam am Tage höchstens 1—2 Stunden das Bett verlassen, ist aber noch sehr schwach und leidet unter heftigen Brustschmerzen, auch das Nervensystem hat ebenso wie bei Herrn Wiegelmann sehr gelitten, der Letztere soll noch nicht im Stande sein, Anforderungen, die sein Geschäft an ihn stellt, so wie früher zu entsprechen. Es soll zu befürchten sein, daß er dauernd an seiner Gesundheit geschädigt worden ist. Der behandelnde Arzt erhofft Besserung für seine Patienten durch längeren Aufenthalt in einem Kurort. Eine Entschädigung Wiegelmanns durch die Verwaltung der Lübeck-Büchener Bahn ist bisher noch nicht erfolgt, doch soll die Bahn erklärt haben, daß sie den ihr obliegenden gesetzlichen Verpflichtungen in vollem Umfange nachkommen werde. Die übrigen bei dem Unfall verletzten Personen sind genesen. Der Zimmermann Schoof und der Kommiss Blumenthal haben je 400 Mk. Entschädigung erhalten, während Schneidermeister Steffen 300 Mk. bekommen haben soll.

**Germanischer Lloyd.** Nach den Listen des Germanischen Lloyd sind in der Zeit vom 25. bis 30. April 1895 folgende Seeschäden gemeldet worden: Totalverluste 17, davon 6 Dampfer und 11 Segelschiffe, 77 Beschädigungen, davon 50 Dampfer und 27 Segelschiffe, zusammen 94.

Zur Warnung dient der folgende Fall: Der Malermeister G. aus der Dranienstraße in Berlin spielte abends in seiner Wohnung mit seinem elf Monate alten Knaben. Während er das Kind auf dem Schooß hatte, rauchte er eine Cigarre, durch eine zufällige Bewegung des Knaben kam diesem das brennende Ende der Cigarre in das linke Auge. Voller Verzweiflung rannte der Vater mit dem fürchterlich schreienden Kind zu einem Augenarzt R., der eine Beschädigung der Pupille erkannte, aber noch nicht feststellen kann, ob die Sehkraft Einbuße erlitten hat.

**Elbe-Travel-Kanal.** Gegenwärtig finden, nach der „M.-Z.“, zwischen dem Lübecker Wasserbaudirektor Rieder als Vertreter des Lübecker Staates und den Eigenthümern der an der Stecknitz zwischen dem Ziegelsee und der Oberchleuse belegenen Wiesen und Ländereien Verhandlungen statt, zwecks Abtretung von Terrain an die Kanalbauverwaltung. Mit der Mehrheit der Anlieger ist bereits eine Einigung erzielt. Es wurde je nach

Größe des Landes 2500 bis 4000 Mark pro Hektar bezahlt.

Die Auswanderung aus Finnland scheint heuer großen Umfang anzunehmen. Allem Anschein nach „arbeiten“ die Agenten dort sehr rührig. So trafen gestern wiederum 37 finnische Auswanderer hier ein. Sie begaben sich von hier sofort nach Hamburg.

Der Fahnenstich dringend verdächtig ist der Musikleiter der 12. Komp. des 2. Hanseatischen Infanterie-Regiments 76: Neugeschwender aus Hamburg. Derselbe hat bereits am 23. April die hiesige Kaserne verlassen, ohne bis jetzt wiederzukehren. Das Kommando verfolgt Neugeschwender steckbrieflich.

**Diebstähle.** Ein dunkelblauer melirter Sommerüberzieher, der vor der Ladenthür ausging, wurde einem Kaufmann in der Königstraße gestohlen. — Am Güterschuppen Nr. 13 ist ein Faß mit Perlingen, gez. F. W. u. Komp. S. S., gestohlen. — Einem in der Hundestraße wohnenden Arbeiter wurde aus der Kommode ein Zweimarkstück gestohlen. — Aus ihrer Wohnung in der Dankwartstraße wurden einer Schneiderin ein Ring und ca. 18 Mark Geld, welche Sachen sie in der verschlossenen Kommode aufbewahrte, entwendet. Als Dieb wurde ein im Nebenhause wohnender junger Mann ermittelt. Derselbe hat auch den Diebstahl bereits eingestanden.

**Knechtel.** Für unsere Gesellen und Dienstboten eröffnet sich eine schlechte Aussicht: sie sollen in Zukunft zu den Kommunalsteuern herangezogen werden. Dementsprechend sollte man ihnen aber auch dann das Komonale Wahlrecht gewähren; daran wird es jedoch hapern.

**Neuwerk b. Daffow.** Eine „Grabrede.“ Uns geht folgender Brief zu, der bei aller seiner Schlichtheit Wärme spricht und zeigt, wie die Geistlichkeit im Bunde mit der Polizei die Unzufriedenheit nährt, ja erst erweckt. Man höre den Schmerzensschrei einer Mutter, den wir lediglich etwas „eingerenkt“ haben:

Am 12. April d. Js. starb mein kleiner Sohn im Alter von zweieinviertel Jahren. Da ich nur arm bin, so besorgte ich, um die Kosten zu sparen, das Amt einer Todtenfrau selbst; machte mithin auch die Meldung vom Verschwinden meines Lieblings beim Herrn Präpositus Sellin-Daffow als auch auf dem hiesigen Standesamt. Die Unterredung mit Herrn Präpositus Sellin lief darauf hinaus, daß das Kind still beigelegt werden sollte. Ich bat aber, daß ich es gerne sehe, wenn der Herr Präpositus mit zur Gruft ginge, um den üblichen Segen zu sprechen. Aber Herr Präpositus Sellin ist nicht am Grabe erschienen, um über mein armes Kind den Segen zu sprechen. Da ich nun nicht wollte, daß mein Kind wie ein Stück Vieh in die Erde verscharrt würde, sprach ich Kleinlaut folgendes Gebet:

„Hier liegt und schläft Du ganz in Frieden,  
Dieweil Dein Hirte bei Dir wacht,  
Von Jesum bleibst Du ungeschieden  
Auch in der letzten Tobensnacht.  
Er lenkte Deine Tageszeit  
So früh schon zu der Ewigkeit.“ Amen.

Nacht Tage später erhielt ich vom Ritterschaftlichen Polizeiamt in Daffow eine Strafverfügung von 3 Mk. 50 Pfg. wegen Grabredenhaltens oder 1 Tag Haft auf Grund der Verordnung vom 25. November 1851, betreffend „Grabreden Nichtgeistlicher“. Als ich auf Anregung des Herrn Rechtsanwalts Schmidt-Daffow Herrn Präpositus Sellin darüber zur Rede stellte, warum er nicht mitgegangen sei, wurde derselbe — ich will sagen: etwas „unhöflich“, und wies mir die Thür. So wird man behandelt vom Geistlichen, wenn man Trost sucht im Leiden! Ich habe nun auf gerichtliche Entscheidung angetragen und erwarte demnächst einen Termin vor dem Großherzoglichen Schöffengericht in Grevesmühlen. Ich bin arm und kann nicht bezahlen, werde also jedenfalls in das Gefängniß wandern müssen.“

(Wir glauben nicht, daß das Gericht die arme Mutter bestrafen wird. Allerdings bei Gott und — — — ist kein Ding unmöglich!)

**Hamburg.** Am gestrigen zwölften Ziehungstage der 7. Klasse der 307. Hamburger Stadt-Lotterie wurden nachfolgende Nummern mit folgenden Hauptgewinnen gezogen:

40 000 Mk. auf Nr. 28825. 10 000 Mk. auf Nr. 44261 91318.  
5000 Mk. auf Nr. 37394 105006. 3000 Mk. auf Nr. 32273 39996  
47894 53179 90728 100740. 2000 Mk. auf Nr. 2367 9299 14887  
18125 47043 49133 86425 99872. 1000 Mk. auf Nr. 343 3681  
8611 9448 9744 10014 14833 18829 25271 26629 27828 32758  
35653 39611 40034 49005 50649 55802 56929 63037 67927  
77524 80406 82308 86716 87337 89093 93692 94417 98076  
105242 106088 107641. 400 Mk. auf Nr. 199 757 1287 1508  
7247 7630 7701 9379 12886 16305 16337 17237 22956 27355  
28513 29197 30737 31546 34101 34358 35023 37252 38869  
44052 46024 46184 46459 49562 50425 54595 57815 58410  
58781 58782 64358 65631 66487 67410 69025 74751 80396  
81401 83379 83567 83762 85688 86057 86092 86997 88647  
90945 92002 92143 97394 98853 100297 100881 101342 101524  
102682 104440 105246 107007 107185 107375 109490 109609  
109879. (Ohne Gewähr.)

**Altona.** Ein blutiges Drama spielte sich Montag Abend kurz nach 10 Uhr in der Gerberstr. 28 ab. In dem Hause wohnte im Parterre der unverheirathete Schneider Rahe, der ein selbstständiges Geschäft hatte und als ein fleißiger, nüchtern Mann geschildert wird. Ihm gegenüber, im Parterre desselben Hauses, wohnte der Tischlergeselle Marcor, ein geborener Mexikaner, der verheirathet und Vater von sieben Kindern war. Er war ein fleißiger Arbeiter, soll aber sehr jähzornig gewesen sein und hat sich schon verschiedene Male als Messerheld gezeigt. Er hat sich deshalb schon öfters zu verantworten gehabt. Die genannten Leute lebten fortwährend in Streit mit einander und hatten schon mehrfach unliebsame Auftritte. Marcor glaubte Grund zur Eifersucht gegen seinen Nachbar Rahe zu haben. Gestern Abend nun trat zu der bezeichneten Zeit die Katastrophe ein. Nachbarn hörten schnell nacheinander mehrere Schüsse in der Wohnung des Rahe fallen. Sie eilten dahin und fanden Rahe bestimmungslos auf dem Fußboden liegend vor; ein Blutstrom entquoll seiner Brust. Es wurde sofort die Sanitätskolonne der Feuerwehr herbeigeholt, welche den schwerverletzten Mann ins Krankenhaus bringen sollte. Unterwegs richtete sich der Vermundete auf und gab zu erkennen, daß er noch etwas sagen wolle. Er fiel jedoch sofort wieder in die Bewußt-

losigkeit zurück und verstarb nach zwei Stunden im städtischen Krankenhause. Zwei Schußwunden in der Brust hatten den Tod herbeigeführt. Nach Fortbringung des Rahe suchte man nach dem Mörder, der zunächst nicht aufzufinden war. Schließlich fand man ihn im Hinterzimmer seiner Wohnung tot auf. Er hatte sich mit einem Revolver, den er noch krampfhaft festhielt und mit welchem er Rahe erschossen, zwei Mal in die Schläfe geschossen und ist dann tot zusammengebrochen. So hat er selbst dafür gesorgt, daß die Justiz sich nicht mehr mit ihm zu beschäftigen braucht. Der Fall hat große Aufregung hervorgerufen.

**Garburg.** Großes Feuer in Emmendorf. In einem Bauerhause in Emmendorf entstand Montag auf bis jetzt unaufgeklärte Weise Feuer. Da der Wind der Ausbreitung des Feuers recht günstig war, griff dasselbe mit rasender Schnelligkeit um sich, so daß am Nachmittage nach wenigen Stunden circa 12 Gebäude in Flammen standen. Die von den Nachbarorten herbeigeleiteten Feuermehren konnten bei dem herrschenden Winde des Feuers nicht Herr werden. Die mit Stroh bedeckten Häuser wurden eines nach dem anderen ein Raub der Flammen. Ein Pferd und mehrere Schweine sind in den Flammen umgekommen. Die Gebäude sind zum Theil versichert. Im Ganzen sind 13 Gebäude niedergebrannt, so daß der Schaden ein sehr bedeutender (ca. 100,000 Mark) ist.

**Vermischtes.**

Der Schwindel, dem arme Leute durch den Einkauf billiger Schuhwaren häufig zum Opfer fallen, erfuhr in einer Verhandlung vor dem Berliner Schöffengericht gegen den Schuhwarenhändler Hermann Menchau die richtige Beleuchtung. Eine alte Frau kam mit ihrer Enkeltochter vor dem Laden des Angeklagten vorüber und ließ sich durch die billigen Preisnotierungen im Schaufenster verleiten, für das Mädchen ein Paar Schuhe zu 3,50 Mk. zu kaufen. Der Angeklagte hatte die in Rede stehenden Schuhe als brauchbar bezeichnet. Die Enkeltochter zog die Stiefel an, aber schon nach einstündigem Gebrauch

waren dieselben total zerrissen. Es wurde gegen den Händler Anklage wegen Betruges erhoben. Die zur Verhandlung geladenen beiden Sachverständigen äußerten sich übereinstimmend dahin, daß bei den erwähnten Stiefeln eine längere Haltbarkeit nicht gut anzunehmen sei, denn nicht nur Sohle und Hacken, sondern auch die Kappe seien nicht aus Leder, sondern aus ganz ordinärer Pappe hergestellt, alle übrigen Theile beständen aus der allerordinärsten Schundwaare. Daß der Angeklagte keine Kenntniß davon gehabt habe, könne nicht geglaubt werden, denn diese Waare würde besonders für den Schwindel angefertigt. Der eigentliche Werth für Bestandtheile und Arbeit wäre vielleicht 1,70 Mark, die fertige Waare habe natürlich überhaupt keinen Werth. Das könnten die Käufer natürlich nicht ahnen, und da nur arme Leute solche billige Waare erwerben, müsse man die Handlungsweise als groben Vertrauensbruch bezeichnen. Der Staatsanwalt beantragte 100 Mk. Geldstrafe. Der Gerichtshof kam aber doch zur Annahme eines Betruges, denn wenn die Leute Schuhwaren kauften, so nähmen sie stillschweigend an, daß dieselben aus Leder hergestellt seien. Wäre Pappe dazu verwendet, so handle es sich um eine „falsche“ Waare, und die Verschweigung dieses Umstandes müsse als Betrug gelten. Der Angeklagte wurde zu 50 Mk. Geldstrafe verurtheilt.

**Berlin.** Die Konfiszierung der Mainummer des „Vorwärts“ hat zu einem ergötzlichen Versehen oder Schreibfehler geführt. In dem Gerichtsbeschlusse wird nämlich die Beschlagnahme auf Grund des § 170 des R.-Str.-G. zurückgeführt. Hierzu bemerkt der „Vorwärts“: Daß übrigens der Inhalt unserer Maifestzeitung nicht gegen den § 170 des Reichs-Strafgesetzbuches verstößt, hätten wir der Polizei und dem Gericht schon vorher schriftlich geben und es nöthigenfalls auch beidigen können. Dieser § 170 lautet: „Wer bei Eingehung einer Ehe dem anderen Theile ein gesetzliches Ehehinderniß arglistig verschweigt, oder wer den anderen Theil zur Eheschließung arglistig mittelst einer solchen Täuschung verleitet, welche den Getäuschten berechtigt, die Giltigkeit der Ehe anzuzweifeln, wird, wenn aus einem

dieser Gründe die Ehe aufgelöst worden ist, mit Gefängniß nicht unter drei Monaten bestraft.“ — Wie kann man unserer Maifestzeitung nur solche Schandthaten zutrauen? — Sollte etwa der § 130 gemeint sein?

**Röstin.** Der durch das Duell mit einem freisinnigen Amtsrichter bekannt gewordene konservative Rechtsanwalt Schimmelpfennig aus Heinrichswalde ist unter Ernennung zum Regierungsassessor der hiesigen Regierung zur dienstlichen Verwendung als Insituarius überwiesen worden. Welch ein Kampf für Sitte und Ordnung in Hinterpommern!

**Strafhanz-Viehmarkt.**

Hamburg, 7. Mai.

Der Schweinehandel verlief mittel. Zugesührt wurden 1160 Stück, davon vom Norden — Städ. vom Süden — Städ. Preise: Verlandsschweine schwere 41—43 Mk., leichte 43—45 Mk., Sauen 30—35 Mk. und Ferkel 42—44 Mk. pr. 100 Pfd.

Der Kalbhandel verlief mittel. Zugesührt wurden 1277 Stück. Unverkauft blieben — Städ. Preise: beste 75—90 Mk., geringere 60—70 Mk. per 100 Pfund.

**Angelommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.**

Angelommen:  
Dienstag, den 7. Mai.  
9,30 B. D. Adler, Fischer von Wismar in 3 1/2 St.  
12,15 B. D. Hans, Tiedemann von Fehmarn in 1 Tg.  
1,30 B. D. Falke, Ehler von Neustadt in 1 St.  
9,30 B. D. Nauticus, Förster von Reval in 60 St.  
11,15 B. D. Alpha, Brinkmann von Wismar in 3 St.  
Mittwoch, den 8. Mai.  
3,40 B. D. Rajaden, Hülsen von Kopenhagen in 12 St.  
Abgegangen:  
Dienstag, den 7. Mai.  
7,10 B. D. Orion, Larsson nach Kopenhagen.  
7,40 B. D. Ufrula, Andersen nach Helsingfors.  
Mittwoch, den 8. Mai.  
7,15 B. D. Bertha, Jürgensen nach Sonderburg.  
Wasserstand und Wind in Travemünde: 8 Uhr Vorm.: 6,41 m. SW., mäßig.

**Schiffsbewegung in der Ostsee.**

D. Luba ist am 7. Mai in Königsberg angekommen.  
D. Deutschland ist am 7. Mai in Riga angekommen.  
D. Eitta ist am 7. Mai in Libau angekommen.  
D. Bore ist am 7. Mai in Stockholm angekommen.  
D. Dana ist am 7. Mai von Karlskrona auf hier abgedampft.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksbote“ inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

Am Sonntag den 5. Mai verstarb mein lieber Mann und meiner Kinder liebevoller Vater in Folge eines vor 14 Tagen erlittenen Unfalles. Um stille Theilnahme bittet die trauernde Wittwe nebst Kindern. Florentine Paustian Wilhelmshöhe. geb. Weetlich. Die Beerdigung findet am 9. Mai, Nachmittags 2 Uhr, vom Sterbehause aus statt.

Dienstag Morgen 5 1/2 Uhr entließ unsere liebe Mutter W. Benthien, geb. Rohweider, im 69. Lebensjahre. Tief betrauert von den Angehörigen.

**Betten und Federn!**

Wegen häufiger Veränderungen bin ich genöthigt, mein großes Lager von Bettfedern, fertigen Betten, Bettzügen, Sandtuchdreß, Seinen, Tischzeug, Essäßer Hemdentüchern, Satins, Samaste u. s. w., Holz- u. eiserne Bettstellen u. Matratzen zu räumen, verkaufe daher bis zum 1. Juli d. J. sämtliche Artikel mit

**10% Rabatt**  
gegen Cassé. — Sehr schöne große 1schlfr. Betten von Mk. 30 an bis Mk. 100, zweischlfr. Betten von Mk. 40 an bis Mk. 120.  
Holtst. 20. Carl Karstadt.

**Mattjes-Ausichtherringe**

leicht beschädigt à 10 und 5 Pfg. per Stück empfiehlt  
**Heinrich Koop,**  
Otto Schweichler Nachf.,  
Marktw. 4.

**Streichfert. Delfarben**

(genau nach Muster), sowie alle ins Malfach schlagenden Artikel empfiehlt billigt  
Fadenb. Allee 10. **Hans Fock**  
Telephon 339. Hans-Drogerie.

**Quäker Oats.**

Volksnahrungsmittel  
Unübertroffene Kindernahrung  
Vorzügliche Krankenpeise.  
**1 Packet 40 Pf.**  
Zu haben:  
In den meisten Detail-Geschäften.

**Deffentl. Volksversammlung**

am Sonnabend den 11. Mai, Abends 8 1/2 Uhr,  
im „Waisenhof“, Fackenburg Allee  
Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Gen. Th. Bartels über „Ringe, Trusts und Kartelle“. 2. Diskussion.  
Um zahlreiches Erscheinen bittet  
Der Einberufer.

**Die Lübecker Margarinefabrik „Hansa“**  
J. Schröder & Co.  
empfiehlt ihre nach neuestem Verfahren hergestellte  
**Süssrahm-Margarine.**

**Tapeten**  
große Auswahl, billigste Preise.  
E. L. Schwartz, Regidien-  
straße 37

**Billigste Bezugsquelle**  
in  
**Glas-, Porzellan- und Steingutwaren.**  
Wegen Verlegung meines Geschäftes nach Schüsselbuden 32, verkaufe:  
Tisch- u. Hängelampen, Ampeln, Metallkränze und viele andere Sachen zu jedem annehmbaren Preise.  
**Conrad Bendsfeldt**  
Holtst. 10.

**Gimerbier**  
— Weißbier — Donnerstag Abend  
von 5—10 Uhr.  
St. Lorenz-Bräuerei. C. Gablenz.  
Rebenhoffstraße 12.

Allen Genossen zur Nachricht, daß ich den Brodhandel von der Lübecker Gewerkschafts-Bäckerei an Stelle von M. Höper übernommen habe und halte mich bestens empfohlen.  
**Heinrich Lütgens**  
Schuhmacher, Fackenburg.

**Kartoffeln**  
in großer Auswahl en gros & en detail empfiehlt billigt  
**W. Scharfenberg, Al. Stejan 8.**  
**Prima französische Eierkartoffeln**  
empfehle, um damit zu räumen, zu besonders billigen Preisen  
2354 **W. Scharfenberg, Al. Stejan 8.**

**Möbel- Ausstattungen**  
liefert in jeder Art unter Garantie äußerst billig  
**W. Stark's**  
Möbel-Magazin.  
30 Marienstraße 30.

**Ausichant von ff. Hansa-Bier**  
Seidel 10 Pf.  
in meiner durch Umbau vergrößerten Bierstube hinter der Burg.  
Achtungsvoll  
**H. Stoll.**

**Gimerbier**  
jeden Montag u. Freitag, Abds. v. 5—10 Uhr,  
Dienstag u. Sonnabend, Mrgs. v. 6—9 Uhr,  
empfiehlt  
**Heinr. Wilken's Brauerei**  
Engelswisch 19.

**Täglich frisch gefocht. Kuh-Enter**  
empf. **M. Lahrtz, Böttcherstr.**  
**Holz- und Kohlentheer, Carbolineum**  
empfiehlt in Tonnen und Anbruch  
**J. C. Müller, Cronsf. Allee, Ecke Kahlhorststr.**

**Auction**  
Am Freitag den 10. Mai, Morg. 9 Uhr  
aufgehend, und Nachmittags 3 Uhr, verkaufe  
Hundestr. 41 wegen Abreise von hier:  
Diverse Mobiliten, Carleuse mit 6 Stühlen,  
1 Mahagoni-Spiegel mit Schrank, Kleiderchrank,  
div. neue Kommoden, 3 u. 4schublädig, 1 Aus-  
ziehisch, Bettstellen, mit u. ohne Sprungfeder-  
rahmen, Betten, diverse Schmuckfachen, 1 Paar  
goldene Ohrringe und Broche, neue moderne  
Damen-Jackets und Regenmäntel, div. hochf.  
Ledertaschen und vieles Andere mehr.  
Zuwendungen werden entgegengenommen  
Sundestr. 8. **J. C. B. Schmehl,**  
Auktionator u. Tagator.

**Geld! sofort Geld!**

erhalten Sie auf Möbel, Rohprodukte, Waaren aller Art, wenn mir zur Auktion übergeben, ohne Lagerkosten zu berechnen.  
**J. C. B. Schmehl,** Auktionator u. Tagator,  
Sundestr. 8.  
Seg hierdurch den' ollen Badder Corl, den' früheren Sämbagsrider und jetzigen Schwins- und Windgilden-Reisenden einen besten Dank für den' seinen Uptog un Geschenk, den' he am minen Geburtsdagmorgen bereit hett.  
**Colag.**

4 schwarze Minorka-Hühner u. 1 Hahn-  
94er Zucht, sind zu verkaufen.  
Marienstraße 54 c.  
Zu verkaufen: 1 großes Heubauer, 1 schöne Doppelschlafkiste, sowie 1 Luchte mit Fenstern.  
Holtst. 9, Portierle.

Gesucht zu sofort ein Schuhmachergeselle auf dauernde Beschäftigung.  
**W. Ewert,** Untertrave 3.

Gesucht 1 junger Hausknecht am liebsten vom Lande.  
**Chr. Wien,** Gr. Burgstraße 11.  
Eine alleinstehende Frau wünscht Beschäftigung im Hause oder bei Kindern. Zu erfragen in Runge's Häuser, Marienthal bei Stockelsdorf.

Zu vermieten zum 1. Juli die 2. Etage  
Marlesgrube 47. Näheres daselbst.  
Zu vermieten zum 1. Juli eine kleine  
Wohnung. Engelswisch 24.  
2 möbl. Zimmer sofort zu vermieten.  
Alsheide 4.

**Deffentliche Bäder-Versammlung**

am Donnerstag den 9. Mai,  
Nachmittags 4 Uhr,  
im Lokale des Herrn Stapelfeldt,  
Ton-Halle, Schmiedestraße.  
Tages-Ordnung:  
1. Nutzen der Organisation. Referent: Kollege Oscar Ollmann aus Hamburg).  
2. Bericht der Commission über d. Arbeitsnachweis.  
3. Bericht der Commission über die Fahnen.  
4. Verschickenes. **Der Einberufer.**  
Arbeitgeber sowie Arbeitnehmer werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

**Quartett-Verein „Amicitia“**

Außerordentliche  
**General-Versammlung**  
am Sonnabend den 11. Mai 1895  
Abends 8 1/2 Uhr,  
im Concordia-Garten.  
L.-D.: Anschlag. Verschiedenes.  
Um zahlreiches Erscheinen bittet  
**Der Vorstand.**

**Zur neuen Lohmühle.**  
Am Sonntag den 12. Mai  
**Großes Ringreiten.**  
Anfang 4 Uhr. Ende Morgens.  
Hierzu ladet freundlichst ein.  
**Erdmann und H. Janssen.**

## Der chinesisch-japanische Krieg.

Die Regierungen aller kapitalistischen Nationen sind in Bewegung über den Friedensvertrag der soeben den Krieg zwischen China und Japan abgeschlossen hat. Alle sinnen nur darauf, Japan zu hindern, daß es die Früchte seiner Siege genieße. Die Regierungen von Frankreich, Deutschland und Rußland haben sich verbündet, um den Vertrag von Schimonoseki zu zerreißen, wie einst der Vertrag von San Stefano — nach dem letzten russisch-türkischen Krieg — von England, Oesterreich und Deutschland zerrissen wurde.

Die Aufregung, in welche die europäischen Nationen durch Ereignisse versetzt worden sind, die sich im fernen Osten abspielen in Ländern, von denen man im vorigen Jahrhundert nicht viel mehr als den Namen kannte — diese Aufregung beweist, daß wir uns vor einem Phänomen (einer Erscheinung) von außerordentlicher Tragweite befinden. Und in der That: der chinesisch-japanische Krieg und die internationale sozialistische Bewegung sind die zwei bedeutendsten Ereignisse dieser zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts. Beide bereiten den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft vor.

Als vor 30 oder 40 Jahren China und Japan junge Männer nach Europa schickten, um die Zivilisation des Westens kennen zu lernen, nahm man dieselben mit Interesse und mit Neugierde auf. Diese kleinen gelben bartlosen Leuten mit den zarten Gliedern, den würdigen Geberden und dem natürlichen Anstand wurden für seltene Exemplare einer untergeordneten Menschenrasse angesehen; es mischte sich verachtungsvolles Mitleid in den herzlichen Empfang, den man ihnen angedeihen ließ. In England und Frankreich hatte man im vorigen Jahrhundert ein ähnliches Gefühl empfunden, als die ersten Rothhäute hinkamen.

Aus Sympathie für diese kleinen, maskenhaft lebenswürdigen Leuten brachte man die zugleich mit ihnen eingeführten künstlerischen Erzeugnisse ihres Landes in die Mode. Der „Japanismus“ war eine Zeit lang das Merkmal der raffiniertesten und ausgefeiltesten Geister; man kaufte mit wahrer Wuth die Lacke, Porzellanwaaren, Möbel, Gemälde und Musterzeichnungen von China und Japan.

Man war sehr verwundert, bei den nach europäischer Art gebildeten Chinesen und Japanern eine lebhafte und scharfe Intelligenz und eine erstaunliche Fähigkeit zum Sichaneignen der Wissenschaften und Künste des Westens zu finden. Es blieb bei der Verwunderung. Man kannte die tausendjährige Unbeweglichkeit Chinas und bildete sich ein, daß alle Völker Ostasiens in dieselbe lethargische Sicherheit versenkt seien. Man bewunderte die europäisirten Chinesen und Japaner, aber man glaubte, diese geistigen Errungenschaften gingen nicht unter die Haut, und, nach Hasse zurückgekehrt, würden die Leuten in ihre eingewurzelte Halb-Barbarei, zurückfallen; man verglich sie mit den jungen Drang Utangen, die so geweckt und so gelehrt sind, und, sobald sie erwachsen, die erbliche Wüthheit annehmen.

China blieb verschlossen, und seine Söhne nahmen nach der Rückkehr in das Mutterland die alten Sitten

und Lebensgewohnheiten wieder an. Anders war es mit Japan; es ließ Europäer kommen, die im Herzen des Landes selbst die Wissenschaften, die Industrien und die militärische Organisation der kapitalistischen Zivilisation einpflanzen sollten und es auch thaten.

Mit einer wunderbaren Schnelligkeit änderte Japan in wenigen Jahren seine Industrie, führte den Maschinenbetrieb ein, bewerkstelligte eine politische Revolution und errichtete auf einer feudalen Grundlage eine abgeschwächte Kopie des parlamentarischen Regimes, organisirte und bewaffnete seine Armee und Flotte nach europäischem Muster.

Die Ingenieure, die Industriellen, die Gelehrten, welche diese rasche Umgestaltung bewirkt hatten, kannten ohne Zweifel die Lage, allein Europa war in vollständiger Unwissenheit und hatte, als der chinesisch-japanische Krieg ausbrach, keine Ahnung von dem ungeheuren Wechsel, der sich vollzogen hatte.

Man beklagte das kleine Japanervolk, das den chinesischen Kolos angriff. Bald jedoch bekam die Sache ein anderes Gesicht. Die japanischen Armeen drangen in Korea ein; die japanische Flotte blockirte die Häfen, und von Sieg zu Sieg marschirten die Japaner auf Peking zu, wo man zu Anfang des Krieges die Kleinigkeit von hundert Millionen Franks ausgegeben hatte, um den Geburtstag der Kaiserin Mutter würdig zu feiern. Die zivilisirten Völker begriffen, daß im äußersten Osten Asiens, gewissermaßen durch Selbstzeugung, eine große Weltmacht geboren worden war, die das Stille Meer beherrschen wird und deren Basill China werden muß, wenn es nicht auch seinerseits eine ähnliche Umgestaltung und Revolution durchmacht wie Japan.

Man freute sich über die Niederlage der Chinesen, denn man hoffte, daß ihre Häfen nun geöffnet, und daß ein ungeheurer Markt, ungleich bedeutender als ganz Afrika, der europäischen und amerikanischen Industrie gewonnen werden würde. Die Profite tanzten zu Millionen und Milliarden vor den verzückten Augen der Herren Industriellen. In ihrer Verzücktheit hatten die Herren vergessen, daß Japan auch einen Theil des chinesischen Reichthums für sich beanspruchte und daß es entschlossen war, China industriell und kommerziell zu erobern, nachdem es dasselbe militärisch bezwungen.

Die Enttäuschung kam, als man die öffentlichen Klauseln des Friedensvertrages von Schimonoseki erfuhr: Japan setzte seinen Fuß auf das Festland, dergestalt, daß es Peking beherrschte; es nahm die Inseln in Besitz, die ihm in den chinesischen Meeren das Uebergewicht sicherten, und es legte der besiegten Nation die Verpflichtung auf, seine Kaufleute, Fabrikanten und seine Maschinen in ihre Städte zuzulassen; damit hatte Japan zwar nicht die direkte Anexion Chinas bewerkstelligt, aber sich die industrielle und kommerzielle Ausbeutung des ungeheuren Reiches gesichert. Es ist wahr, um seine Großmuth zu bezeugen, fordert Japan die gleiche Zulassung für die Europäer; wahrscheinlich ist es der Ueberzeugung, dieselben überflügeln und ohne große Schwierigkeiten verdrängen zu können.

In der That, wie können denn die Industriellen Europas oder Amerikas mit den Produkten konkurriren, die an Ort und Stelle hergestellt sind, mit ähnlichen Maschinen und von einer Arbeiterbevölkerung, die mit lächerlich niedrigen Löhnen abgefunden wird? Im ersten Augenblick wird nach europäischem Eisen, nach europäischen

Maschinen und einigen anderen Erzeugnissen massenhafte Nachfrage sein; doch nach kurzer Zeit werden diese Produkte von den in Japan und China selbst hergestellten verdrängt werden.

Aber eine andere für die kapitalistischen Völker Europas und Asiens noch viel schlimmere Folge wird eintreten. In die Vereinigten Staaten von Amerika und Australien sind Chinesen eingeführt worden, um die Löhne der weißen Arbeiter zu drücken. Vor ungefähr zwölf Jahren verhandelte die nationalökonomische Gesellschaft von Paris über die Nothwendigkeit der Einführung von Chinesen nach Europa. Dieser Wunsch der Nationalökonomien steht jetzt vor der Erfüllung; zu Hunderttausenden und zu Millionen werden die chinesischen Auswanderer nach der Küste strömen, sobald die wirtschaftliche Umgestaltung beginnt. Allein vor den Skulis werden die Waaren Chinas und Japans in Europa ankommen. Vor ihrer Massenhaftigkeit und ihren niedrigen Preisen wird unsere Industrie zusammenbrechen, wie wir einen Umsturz der Landwirthschaft erlebten, als das Getreide aus Indien, Australien und den Vereinigten Staaten den europäischen Markt überschwemmte.

Rußland, unterstützt von Deutschland und Frankreich, die ihren patriotischen Krampf über den Handelsinteressen vergessen, wird sich mit England und den Vereinigten Staaten verbinden können, die sich bisher noch nicht eingemischt haben; aber alle diese Großmächte zusammen werden den Lauf der Ereignisse, die der chinesisch-japanische Krieg entfesselt hat, nicht aufhalten.

Dieser Krieg wird die Auflösung der vom Sozialismus durchdrungenen und bedrängten Gesellschaft des Kapitalismus beschleunigen. (Gallus.)

## Öffentliche Versammlung.

Im Lokale des Herrn Lamprecht, fand am Montag, den 6. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, eine öffentliche Versammlung sämmtlicher in der Bekleidungsindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen statt. Auf der Tagesordnung stand: Die Schäden und Mängel in der Bekleidungsindustrie mit besonderer Berücksichtigung der Konfektionsbranche. Das Referat hatte Genosse Holzhäuser aus Flensburg übernommen. Der Referent entledigte sich seiner Aufgabe zur Zufriedenheit der Anwesenden. Er führte ungefähr Folgendes aus: Mehr wie in allen anderen Industrien habe sich die kapitalistische Produktionsweise gerade in der Bekleidungsindustrie ausgebildet. Immer größere Ausdehnung habe die Produktion angenommen und nur derjenige, welcher Kapital habe, könne heute noch mit Erfolg in diesem Zweige produziren. Selbstverständlich habe sich mit der Ausbreitung der Produktion der Konkurrenzkampf immer mehr und mehr zugepöbzt. Die Waaschniderei werde immer mehr von der Konfektion verdrängt. Die Konkurrenz, der Kampf um die Herrschaft auf dem Markte bringe es mit sich, daß immer mehr und immer billiger produziert werden müsse. Das Unternehmertum aber suche die Kosten, welche durch diesen Konkurrenzkampf entstehen, auf die Arbeiter abzuwälzen. Dadurch wird aber die Lebenshaltung der Arbeiter auf ein tieferes Niveau gedrückt. Die Folge davon ist natürlich ein Sinken der Konsum-

## Folly Morrison.

Roman von Frank Barrett.  
Autorisirte Uebersetzung von H. Geisel.

(64. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

„Da, als ich einmal am Seiuufer entlang ging,“ Folly fort, „kam mir zum erstenmal ein entsetzlicher Gedanke. Ob's keine Ruhe gäbe da unten? Das ging lange mit mir um. Aber als ich zufällig in die Morgue kam, und hier eine Ertruukene sah, war mir der Anblick zu häßlich . . . das hielt mich ab, das und noch etwas anderes.“

„Was, Folly?“

„Ich will es ihnen sagen; warum sollte ich vor Ihnen ein Geheimniß haben! Wenn die Versuchung an mich herantrat, dann flüsterete ich mir Ihren Namen vor . . . so: Richard Bane — Richard Bane — Richard Bane! Das waren schreckliche Nächte. Ich weiß nicht wie lange ich dieses Elend trug es dächte mir eine Ewigkeit, und doch weiß ich jetzt, es waren nur zehn oder zwölf Tage. Eines Abends mußte ich noch eine andere bittere Erfahrung machen; ich saß vor einem Cafe auf dem Boulevard des Italiens und bestellte mir eine Demi-Tasse, als sich ein Herr neben mich setzte und mich einlad Champaner mit ihm zu trinken. Ich trinke gerne Champaner, und so ließ ich mich nicht lange bitten; es unterhielt mich, mit jemanden zu reden, nachdem ich so lange geschwiegen, und der Mann sprach heiter. Aber als er frech wurde, warf ich ihm mein Glas an den Kopf. Er schrie Peter und ließ mich auf die nächste Polizeistation bringen. Dort mußte man mich freilich bald wieder freilassen und ich machte mir nicht viel daraus, aber ich trug doch Sorge, mich nicht wieder in solche Situation

zu bringen. Der Gedanke, daß Sie davon hören könnten, ließ mich erzittern . . . Ich kehrte zu Esperanza zurück, der sich sehr um mich gekümmert hatte. Wie ein Vater nahm er sich meiner an, verschaffte mir sodann wieder ein Engagement — und ich gab mir alle Mühe, dem alten Lehrer wieder Ehre zu machen. Ich gewann noch einmal wieder Geschmack am Leben . . . die Musik, die Lichter, die Farben, der Tanz — sie waren doch mein Lebenselement, nicht die Einsamkeit. Ich gefiel wieder, man sprach viel von mir — darf ich sagen — ich hatte wieder Glück?“

„Gewiß Folly, nur in dem was wir gerne thun, vermögen wir etwas zu leisten.“

„Nun kam die Noth über Paris und ich bin seitdem mit vielen anderen Frauen jeden Tag in den Lazareththätig gewesen. Madame Menet ist eine herzensgute Frau und mit meinen Kolleginnen von der Bühne stehe ich auch hier viel besser, als am Levery-Theater. Wir hielten zusammen und halfen, wo wir konnten und solange wir selbst etwas hatten. Aber jetzt ist unser Geld zu Ende, meinen Schmuck habe ich auch schon verkauft und mit leeren Händen kann ich nicht zu den Armen gehen. Das“, schloß sie lächelnd, „dürfen nur die Priester, die den Leuten Trost bringen.“

„Geduld, Folly,“ sagte Richard in tiefer Bewegung, „sobald die Ihnen bestellten Vorräthe eingetroffen sind, können Sie wieder zu Ihren Armen gehen, und es wird dann den Leuten bedürken, als träte plötzlich ein Engel unter sie!“

\* \* \*

Bane und seine Schwester hielten sich schon seit vier Wochen im Hotel Milan auf, ohne das Garnir sich blicken ließ. Banes Name wurde so oft in den Zeitungen ge-

nannt, daß jemand, der ihn zu sehen wünschte, das leicht hätte bewerkstelligen können. Richard mußte also annehmen, daß Garnier entweder gar nicht in Paris sei, oder sich nicht hervordränge vor den erbitterten Feinden des Kaiserreichs, dessen Diener er gewesen, diese letztere Annahme wurde unterstützt, durch Dumesnil, der mit anderen Mitgliedern des Bruderbundes Bane aus England nachgefolgt war.

Es war eine Woche nach dem Ausbruch des Kommunismus, als der Kellner in das Zimmer trat, wo Bane mit seiner Schwester beisammen saß, und meldete, im kleinen Saal warte Herr Garnier und frage an, ob er Herrn Bane sprechen könne.

Margarethe legte die Arbeit, mit welcher sie beschäftigt war, nieder und blickte ängstlich nach dem Bruder. Ob schon sie seit ihrer Ankunft selten von Garnier gesprochen, hatte Richard seiner Schwester doch nicht verhehlt, es liege eine schwere Anschuldigung gegen Garnier vor, von welcher er sich erst reinigen müsse, bevor die Rede davon sein könne, daß er sie wieder besuche. Es war ihm dabei vorgekommen, als ob seine Schwester lieber wünsche, ihn nicht zu sehen.

Als der Kellner das Zimmer verlassen hatte, stand Bane auf und sagte zu seiner Schwester:

„Wenn Garnier mit mir zurückkommt, selbst frei von aller Schuld, hast Du keinerlei Verpflichtung, ihm Dein Jawort zu geben. Folge Du einzig und allein der Stimme Deines Herzens.“

„Und ich werde Dir niemals eine Last sein, lieber Bruder, niemals?“

„Grethe, Du mir eine Last!“ rief Richard, mit seinen Lippen ihr schönes, glattes seidenweiches Haar berührend.

Grethe war auch sogleich beruhigt.

Kraft des Volkes. Es entsteht dann eine scheinbare Ueberproduktion. Trotz der fabelhaft billigen Preise, wie sie in den großen Konfektionsgeschäften doch so gefordert werden, ist mancher Arbeiter nicht in der Lage, sichständig zu kleiden. Der Konkurrenzkampf hat aber nicht bei der Herabdrückung der Löhne stillgehalten. Es ist allmählig auch in den Maasgeschäften das Bestreben hervorgetreten, an den Produktionskosten zu sparen. Man ist schließlich dazu übergegangen, die Werkstätten, in welchen bisher die Arbeiter zusammen gefesselt hatten, abzuschaffen. Man vergiebt jetzt die Arbeit an die Arbeiter selbst, welcher sie in seiner Wohnung herstellen und dann im Geschäftslokale abliefern müssen. Der Unternehmer spart infolge dieses Systems: Miete, Heizung, Licht u. s. w. Alle diese Kosten werden aber dafür dem Arbeiter aufgeschult. Der Arbeiter wird dadurch gezwungen seine behaglichen Wohnräume — wenn er solche überhaupt noch hatte — als Arbeitsstätte zu benutzen. Sehr häufig kommt es vor, daß bei einem solchen Arbeiter, wenigstens in den großen Städten, Wohnstube, Schlafstube, Küche und Werkstätte aus einem Raume bestehen. Solche Wohnungen sind in vielen Fällen schlechter wie die Pferdeboxen der Besitzenden. In vielen Fällen muß auch noch der eine Raum, welcher da ist, als Krankenzimmer dienen. Mancher Kommerzien- oder Weheimrath u. s. w. ahnt vielleicht nicht, wenn er in einen feinen Konfektions-Bazar kommt, daß der elegante Anzug, den man ihm dort anpaßt und verkauft, in einer solchen Pesthöhle hergestellt ist. Und gerade die Stoffe, welche die Schneider verarbeiten, sind am allermeisten geeignet, Krankheitsstoffe in sich aufzunehmen. Der vornehme Herr, welcher nach Hause kommt und sein Kind an sich drückt um es zu begrüßen, weiß in vielen Fällen nicht, daß er damit das Kind der Gefahr der Masern- und Scharlachkrankheit aussetzt, weil sein Anzug in demselben Raum hergestellt ist, in welchem die Kinder dieses Arbeiters an Masern erkrankt darniederliegen. Ein weiteres Moment ist die immer größere Heranziehung der weiblichen Arbeitskraft. Auch das verderbliche Schweißmeistersystem hat sich dadurch bei uns eingebürgert. Es muß daher unser Bestreben sein, auch die weiblichen Arbeiter an unsere Organisation zu fetten. Es hat nun in Berlin eine Konferenz stattgefunden, welche über die Hebung der Lage der Arbeiter in der Bekleidungsindustrie berathen hat. Man kam dort zu dem Schluß, daß es vor allen Dingen nothwendig ist, die Hausindustrie, die sich immer mehr einbürgert, abzu-schaffen, und die Werkstätten wieder einzuführen. Es wurde auf der Konferenz eine Fünferkommission gewählt, welche eine Resolution ausgearbeitet hat und dieselbe den Kollegen Deutschlands zur Annahme empfiehlt. Die Resolution soll zunächst an die Inhaber der Konfektionsgeschäfte gerichtet werden, da man hier zuerst eingreifen muß, um dann auch in der Maßbranche vorgehen zu können. Es ist eben, bevor wir nicht in dieser Beziehung auf wirtschaftlichem Gebiete bessernd eingegriffen haben, nicht möglich, auf politischem Gebiete etwas zu erreichen. Wir müssen auf wirtschaftlichem Gebiet kämpfen und uns den Gewerkschaften anschließen. Aber nicht sollen wir ihnen nur angehören, um unsere Beiträge zu zahlen, sondern wir sollen auch die Versammlungen besuchen und so selbst mit

Im Salon begrüßte Garnier Richard ausnehmend höflich. „Erst heute hörte ich, daß Fräulein Bane hier ist und ich komme gleich, Ihnen zu sagen, welche ein Heldemuth es ist, daß eine so zarte Dame es wagt, Paris in dieser Zeit der Gefahr zu betreten.“ Richard Bane verbeugte sich kühl und frug dann geradehin: „Herr Garnier, kennen Sie einen Mann Namens Anatole Dumesnil?“ „Dumesnil? Ungefähr ein Sechsjähriger, mit weißem Haar, aber ein sehr lebhafter, stinker Mann — gleich Ihnen Mitglied und Abgesandter des Bruderbundes — meinen Sie ihn?“ Bane war etwas betroffen, dann verlegte er: „Wäre es Ihnen unangenehm, mit dem Herrn zusammenzutreffen?“ „Durchaus nicht. Wie ich höre ist er ein guter, zuverlässiger Bürger.“ „So muß ich Sie bitten, mich sofort zu ihm zu begleiten, er hat eine Anklage gegen Sie vorgebracht, die Sie entkräften müssen.“ „Gewiß, das wird mir ein Leichtes sein. Armer alter Knabe, ich bin nicht überrascht. Machen wir uns sogleich auf den Weg.“ Sie hatten Glück und fanden Dumesnil noch zu Hause. Er empfing Bane mit großer Wärme, hatte aber für Garnier kaum eine flüchtige Begrüßung. Ohne Umschweife nannte Bane den Grund ihres Besuches. Und ebenso kurz verfuhr auch Dumesnil, indem er zu Garnier sagte: „Ein Glück für Sie, Lesieur, daß ich Sie hier und nicht auf offener Straße zum ersten Mal seit der Herrschaft der Kommune begegne. Ich hätte Sie sonst ohne Weiteres denunziert und der Volksjustiz überantwortet.“ „Bürger Dumesnil,“ sagte Garnier würdevoll, „ich habe Herrn Bane auf seine Einladung hin begleitet, um auf Anschuldigungen zu entgegnen, welche Sie hinter meinem Rücken gegen mich erheben, nicht um Drohungen anzuhören.“ „Zuerst beschuldige ich Sie, daß Sie ein Lügner sind!“ rief der alte Herr streng. Garnier suchte mitleidig die Achsel.

Hand anlegen an die Besserung unserer Lage! (Beifall.) Sodann wurde folgende Resolution verlesen und einstimmig angenommen:

Resolution: Eine am 18. Januar d. J. in Berlin stattgehabte Konferenz der Konfektions-Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands nahm Stellung zu den kranken Mähänden, welche sich in der Konfektions-Industrie zum Nachtheile der darin Beschäftigten bis zur Unmöglichkeit ausgebreitet haben und berieht im Anschluß hieran die Frage, was nothwendig sei, um diese Mähände zu beseitigen. Die Konferenz kam zu dem Resultat, daß einer der wesentlichsten Uebelstände in der hausindustriellen Betriebsform der Konfektion zu suchen ist.

Die Hausindustrie entbehrt jeden gewerblichen Schutzes. Dadurch hat sich allgemein eine übermäßig lange Arbeitszeit eingebürgert, unter der alle Beschäftigten, Frauen und Kinder eingeschlossen, zu leiden haben. Die hausindustrielle Betriebsform bietet Gelegenheit zu den mißthätigsten Lohnreduzierungen. Die Löhne haben gegenwärtig einen Stand erreicht, daß sie sogar vom Standpunkte des Arbeitgebers aus betrachtet, für die Konkurrenzverhältnisse schädlich wirken. Die Anfertigung der Produkte in der Hausindustrie birgt für das Konfektionsartikell kauende Publikum große Gefahren für die Gesundheit in sich. In ungesunden Arbeitsräumen, die meistens Schlafstube, Wohnstube, Küche und Krankenzimmer zugleich sind, hergestellt, sind diese Produkte nach ärztlichem Gutachten die gefährlichsten Uebertragungsobjekte für ansteckende Krankheiten. Von diesen Erwägungen ausgehend, beschloß die Konferenz, an die Herren Unternehmer der Konfektions-Industrie die Forderung zu stellen, gesunde Betriebswerkstätten zu errichten.

Wohl wissend, daß eine derartig einschneidende Forderung sich nicht binnen einer kurzen Zeit durchführen läßt, hat die Konferenz den Entschluß auf den 1. Februar 1896 festgesetzt. Eine am hiesigen Orte stattgehabte Schneider- und Schneiderinnen-Versammlung hat diese Forderung zu der ihrigen gemacht und unterbreitet dieselbe den Herren Geschäftsinhabern der Konfektionsbranche. Sehr wohl wissend, daß sie nicht selbstständig produzieren lassen, sind sie doch insoweit an dieser Frage theilhaftig, als auch ihre Konsumenten über die Schädlichkeit der jetzigen Produktionsform unterrichtet und für die Eringung besserer Zustände interessiert werden.

Wir werden mit allen zulässigen Mitteln eine bessere Produktionsform zu erlangen suchen.

Nach sachgemäßer Beurtheilung werden Sie die Berechtigung unserer Forderung anerkennen und folglich schon jetzt auf Ihre Herren Lieferanten einwirken, Betriebswerkstätten einzurichten.

Eine Resolution, welche sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden erklärt, wurde ebenfalls angenommen. Im „Verschiedenen“ wurden noch die Verhältnisse in der Werkstätte der Firma M. Karstadt von hier zur Sprache gebracht. Von den von dieser Firma beschäftigten Kollegen war leider nur einer anwesend. Es wurde von einem Kollegen ausgeführt, daß im „General-Anzeiger“ die Einrichtungen des Geschäftshauses von Karstadt so gelobt wurden. Unter Anderem sei geschrieben, daß die Herren Garderoben-Werkstatt in einem Obergeschosse sei, das sei aber unrichtig, denn diese befinde sich im Keller. Die Werkstätte genüge keineswegs den sanitären Ansprüchen. Es wurde beschlossen, daß sich die Agitations-Kommission mit den dort beschäftigten Kollegen in Verbindung setzen soll. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Stade. Ein fideles Selbstmörder. Das „St. Tagebl.“ schreibt: Wir brachten die Notiz, daß sich von dem Stader Dampfschiff „Eibe“ am Donnerstag auf der Tour von Schulan nach Lübe ein Schuhmacher aus Altona in selbstmörderischer Absicht in das Wasser gestürzt habe, jedoch wieder gerettet wurde. Recht charakteristisch sind die Aeußerungen des Selbstmörderstabilen,

„Sie nennen sich Garnier,“ fuhr der Andere fort, „und behaupten, früher ein Gerbereigeschäft in Les Andelys besessen zu haben — ich weiß aber, daß Sie Lesieur heißen, bei Amadis Garnier als Commis angestellt waren und in Rouen vor den Assisen standen unter der Anklage des Mordes, verübt an der Braut Ihres Brotherrn.“

„Meine Antwort ist so einfach als möglich: Sie sind im Irrthum. Wollten Sie versuchen, Ihre Behauptung zu beweisen, wäre es nicht schwer, Ihnen zu erklären, wie Ihr Irrthum entstand.“

„Sie wissen sehr wohl, daß die schriftlichen Beweise, die in Les Andelys und Rouen aufbewahrt liegen, augenblicklich, wo alle Wege gesperrt sind, nicht zu beschaffen sind.“

„Haben Sie sonst noch etwas gegen mich vorzubringen?“ fragte Garnier jetzt mit unerschütterlicher Gelassenheit.

„Jawohl — ich beschuldige Sie, ein Spion im Solde Napoleons gewesen und jetzt ein Feind der Republik zu sein.“

Anstatt zu antworten, zog Garnier ein zusammengefaltetes Papier aus seiner Brusttasche und überreichte es Dumesnil. Dieser nahm es zwischen Zeigefinger und Daumen und öffnete es so, als fürchte er, damit seine Hände zu beschmutzen. Dann las er eine Urkunde in alter Form, welche den Bürger Amadis Garnier als Mitglied des Komitees für die öffentliche Sicherheit von Paris bestätigte.

„Unwissender!“ rief Dumesnil zornflammend und dann warf er das Dokument mit einem Fluche auf den Tisch.

„Ein böses Wort, wahrlich, für einen Freund der Republik.“

„Nur Idioten konnten sich so gröblich täuschen lassen“, beharrte Dumesnil. „Weiß das Komitee, daß Sie im Solde Napoleons standen?“

„Freilich, gerade deshalb nimmt man an, daß ich der Republik eben so treu dienen werde.“

„Ha! ha! ha! Wie kommt's, daß Sie sich erst nach dem Fall der Dynastie als Diener des Kaisers bekannnten?“

(Fortsetzung folgt.)

nachdem er, von nervigen Schifferkäufen gepackt, wieder an Bord befördert und durch wirksame Mittel — Massage durch ein Schiffstauende — ins freudige Dasein zurückgerufen wurde. „Wat für'n Däwel,“ so bemerkte der Lebensmüde, „hat mi denn do fat, ic' dacht', ic' wär' all' an de andern Siet! Ich wullt' mi jo doch abspulen. Wat geht Se dat an?“ Wie schon bemerkt, wurde der schließlich wieder recht findel gewordene Schuhmacher nach Stade mitgenommen und der hiesigen Polizeibehörde überliefert, die seine Rückbeförderung nach Hamburg veranlaßte.

## Stadessantliche Nachrichten vom 28. April bis 4. Mai 1895.

### Geburten.

a) Knaben. Namen und Beruf des Vaters. April. 19. Arbeitermann Otto Hermann Ludwig Treitin. 22. Manrergeselle Wilhelm Johann Max Suhr. 25. Tischergeselle Wilhelm Carl Eduard Uedemann. Schänktwirth Carl Johannes Heinrich Jüris. 26. Lokomotivführerlehrling Christoph Friedrich Wilhelm Seugepeit. Böttchergeselle August Johann Heinrich Havemann. Kaufmann Joseph Kleve. 27. Lackier Johann Martin Daniel Mantenhans. Probuhmann Johann Carl Christian Schmidt. Handlungsgehülfe Johannes Martin Martens. Arbeitermann August Schoszarzel. Bädergeselle Johannes Friedrich Havemann. 28. Kaufmann Carl Friedrich Robert Dimpler. Manrergeselle Friedrich Wilhelm Haad. Hofschlachter Johann Jochen Jürich Wulf. Eisenbahn-Walterbodenarbeiter Johann Jürich Christoph Drews. Arbeitermann Johann Joachim Heinrich Meinde. Arbeitermann August Heimert. 29. Tarif-Bureau-Vorleser Johann August Max Schott. 30. Korfschneidergehülfe Max Heinrich Otto Boit Schultegehülfe Ernst Adolf Dostal. Mai. 1. Zimmergeselle Heinrich Romann. Schneider Wilhelm Johann Joachim Dohr. 2. Schneider August Döbel Johannes Burmeister. 3. Arbeitermann Detlev Carl Christian Gatermann.

### b) Mädchen. Namen und Beruf des Vaters.

April. 23. Manrergeselle Adolph Heinrich Friedrich Carl Kolz. 24. Baumunternehmer Joachim Christian Knaben. Arbeiter Friedrich August Wilhelm Hamann. 26. Stellmachergehilfe Ludwig Friedrich Carl Deuser. 27. Kaufmann Louis Friedrich Heinrich Theodor Duve. Tischlergehilfe Paul Erstel. 28. Träger Johann Joachim Friedrich Diller (Zwillinge). Arbeiter Johann Joachim Christian Langemann. Weidenkeller Johann Jochim Heinrich Jüris. Zahlmeister Paul Heinrich Otto Julius Weiss. 29. Kanallist am Hypothekamt Carl Jochim Andreas Strauß. Arbeiter Carl Emil Harnack. Kunstgärtner Robert Carl Johann Grabler. 30. Schriftfeger Carl Hermann Christian Dandt. Eisenbahn-Expeditious-Assistent Georg Heinrich Christian Breher. Mai. 1. Tischlergehilfe Wilhelm Albert Louis Bergemann. Arbeiter Johann Christian Theodor Busch. Arbeiter Jürich August Friedrich Kelling. 2. Tischlergehilfe Julius Heinrich Carl Heßten. Klempnergehilfe Wilhelm Carl Gottfried Torbahn. Schriftfeger Hermann Johannes Adolph Felber. Arbeiter Friedrich Johann Heinrich Döser.

### Storbefälle.

April. 27. Johanna Sophia Elisabeth geb. Schwente, Wittwe des Arbeitsmannes Johann Jürich Müller, 82 J. 28. Wilhelm Mantenhans, 18 Stb. Marie Friederike Martha Elise Weisner, 10 M. 29. Arbeitsmann Johannes Heinrich Ludwig Tschau, 45 J. 30. Schriftfegerlehrling Johannes Daniel Wilhelm Schröder, 17 J. Caroline Dorothea Anna Hoffmann, 20 J. Johanna Sophie Maria Charlotte geb. Groth, Wittve des Arbeitsmannes Heinrich August Teus, 68 J. Mai. 1. Johanna Margaretha Magdalena geb. Reimers, gen. Alexander, Wittve des Kaufmannes Heinrich Albrecht Ludwig Robbin, 65 J. Ein todtgeb. Knabe und ein todtgeb. Mädchen, B.: Beamter der Hanseatischen Versicherungsanstalt Louis Carl Friedrich Christian Schmale. Schiffszimmermann J. H. Krüger, 72 J. Hans Carl H. Dreffel, 7 J. 2. Wirth Georg Eijshel, 27 J. Carl August Hermann Popp, 2 J. Handlungsgehülfe Carl Christian Friedrich Engemann, 20 J. Catharina Mathilde Dorothea Sommerfeld, 6 M. Arbeitsmann Julius Jürich Friedrich Reimer, 60 J. 3. Anna Caroline Ernestine geb. Schnoor, Wittve des Arbeitsmannes Johann Daniel Benedict Koop, 74 J. Ein Mädchen, 8 Stunden, B.: Klempnergehilfe Wilhelm Carl Gottfried Torbahn. Catharina Margaretha geb. Frit, verw. Spehmann, Ehefrau des Gärtners Heinrich Friedrich Carlens, 91 J. 4. Anna Catharina Elisabeth geb. Schwan, Wittve des Radenachers Adamus Peter Jürich Detloff, 63 J. Dora Paula Wempel, 11 J.

### Ungeordnete Aufgebote.

April. 29. Hülfsschuhmann Johann Heinrich Wilhelm Ricker und Luise Magdalena Elise Jarchow zu Teßlin. Schuhmann Wilhelm Johann Georg Widen und Martha Frida Auguste Hamann. 30. Elementarlehrer Carl Emil Paul Pieper zu Mühlentrade und Henriette Johanna Elisabeth Schwarz. Arbeiter Friedrich Wilhelm Nagel und Johanna Minna Elise Schütt. Schreiber Hermann Jochim Johannes Ventthien gen. Ventien und Caroline Henriette Sophie Brandt. Mai. 1. Gymnasial-Oberlehrer Johann Wilhelm Böttcher zu Ronitz und Karoline Wilhelmine Klara Heinen. 2. Arbeiter Jochim Heinrich Wilhelm Reuter zu Ralingen und Maria Sophia Dorothea Kempke. Kaufmann Simon Visaner und Jette Jaffe zu Hamburg. Kaufmann Christian Anton Louis Schweighoffer und Anna Maria Elisabeth Floerke zu Hamburg. Expedient Carl August Waller und Johanna Carolina Bertha Sager. Tischlergehilfe Johannes Ferdinand Wilhelm Hildebrandt und Wilhelmine Dorothea Elisabeth Schübhorn. 3. Tapeziergehilfe Johannes Wilhelm Verthard Riedert und Albertine Sophie Dorothea Kempfen. Kaufmann Peter Jochim Heinrich Frank und Emma Magdalena Emilie Denker. 4. Arbeiter Hermann Friederich Wilhelm Grell und Maria Catharina Elisabeth Melahn. Gutsförster Julius Ludolph Christian Otto zu Kulpin und Dorothea Elisabeth Henriette Müller. Tischlergehilfe Johannes Wilhelm Friedrich Künzel und Dorothea Auguste Catharina geb. Friebrecht, des Johann Friedrich Martin Behnd geschiedene Ehefrau. Arbeiter Johann Heinrich Friedrich Kützgen und Sophia Wilhelmine Elisabeth Jüris. Hauptmann und Kompagniechef im 2. Hanf. Inf.-Reg. Nr. 76 Courado Rodolfo Luis Paschen zu Hamburg und Anna Ida Penny Friederike Sophie Bojs. Schlosser Leonhard Sledzinski zu Streino und Agnes Mrowczynska zu Gembitz.

### Geschlichtungen.

April. 30. Arbeiter Johann Jochim Dierich Wegner und Henriette Sophia Johanna Kruse. Mai. 3. Bautechniker Gelfried Riffhard zu Rbln und Olga Winter. Arbeiter Carl Friedrich Sonntag und Christine Louise Charlotte Wilms. Dienstmann Carl Johann Jaack und Anna Friederike Elisabeth Willert. Schlossergeselle Carl Friedrich Max Kroll und Anna Marie Martward. Arbeiter Carl Heinrich Friedrich Adler und Charlotte Sophia Friederike geb. Harvath, des Arbeiters Wilhelm Christian Johann Heinrich Jochim Wohlert gen. Mahnde Wittve. Arbeiter Friedrich Johann Carl Häfner und Frida Caroline Eleonore Bremer zu Mühlhagen. 4. Schneidergehilfe Stephan Frieser und Marie Sophie Margaretha Busch. Bädergehilfe Louis Goldstein zu Fahrtenzug und Luise Dorothea Johanna Staht. Kaufmann Ferdinand Wilhelm Friedrich Michaelien zu Hamburg und Maria Magdalena Luise Pfenzig.